

Jaurès Rede über den Zukunftsstaat.

Aus Paris wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Die Wahlen haben die radikale Partei aus Ruder ge-
bracht und damit die bürgerliche Demokratie vor ihre
Existenzfrage gestellt. Sie muß entweder ihr Reform-
programm durchführen oder vor den arbeitenden Massen
ihren politischen und moralischen Bankrott bekennen.
Welche von diesen beiden Möglichkeiten wünschenswert und
wahrscheinlich ist, darüber ist in der sozialistischen Partei
in der letzten Zeit lebhaft diskutiert worden. In jedem
Falle ist die Sozialisten die Zeit gekommen, dem
Lande nicht nur die Inkonsequenz und die Unredlichkeit
der Radikalen, sondern auch die Unzulänglichkeit der bour-
geoisradikalen Lösungen selbst darzulegen und die weiter-
tragende Kraft des sozialistischen Programms zu erweisen.
Dieser Aufgabe hat sich Jaures unterzogen, der in
einer den größten Zell zweier Parlamentskammern
ausfüllenden Rede, deren rhetorischer Glanz namentlich in
ihrem zweiten Teile dem ganzen Hause Bewunderung ab-
zwang und deren polemische Schärfe den Regierungsmännern
— vor allem Herrn Clemenceau — sichtlich un-
angenehm wurde, mit dem Regierungsradikalismus ab-
gerechnet und seine Auffassung von der Verwirkli-
chung der sozialistischen Ziele darlegte.
Die Rektionäre, zu denen diesmal — bei dem sozialökono-
mischen Thema — nicht nur die Monarchisten und die
Monarchisten gehörten, versuchten Jaures mit höhnischen
Spitzenreden aus dem Konzept zu bringen, aber ihre
Heiterkeit hatte keinen echten Klang.

James legte folgendes Gerüst auf die Frage, ob die Vorgeellschaftung der Produktionsmittel mit einer Entschädigung der Kapitalisten verbunden werden könne. Man mag diese Frage vielleicht nicht von drängender Aktualität finden, aber in den Tagen, da die Duma die Landzuweisung an die Bauernschaft vermittelt einer Expropriation im großen Stil berdt, erscheint das Problem der Expropriation der Exproprianten vor der internationalen Bourgeoisie in einer unheimlich greifbaren Gestalt. Für die ganz besondere Unwissenheit der französischen Bourgeoisie schillert in ökonomischen Dingen ist es üblichens Charakteristisch, daß die törichte Einwendung eines Reaktionsären, daß die entschädigten Kapitalisten ihr Einkommen zu neuerlicher Profitmacherei ausnützen würden, so ziemlich von der ganzen bürgerlichen Presse als eine schlagende Widerlegung der von James vertretenen Auffassung behandelt wird! Der Rentierverband des französischen Normalbürgers hat eben keine Ahnung davon, daß der Profit aus der Ausbeutung der Lohnarbeit stammt und daß das schönste „Kapital“ nichts nützt, sobald die kapitalistische Mehrwertproduktion aufhört.

Zaures begann mit einer scharfen Kritik der arbeiterfeindlichen Haltung der Regierung während der Streikbewegung: Man darf darüber streiten, ob die Arbeitskonföderation richtig vorgegangen ist, aber darum bleibt das Unternehmen der Arbeiter durch Vereinigung ihrer Gewerkschaften eine selbständige Straftatne wahre Organisation der ganzen Arbeiterklasse zu errichten, von höchster Bedeutung. Doch die Regierung hat sich gegen

diese Bewegung in einer Art verhalten, daß heute in der ganzen Arbeiterklasse das Gefühl herrscht, daß ihre Freiheit, ihr Streikrecht verfehlt wurde. Die Regierung ist mit Unrechtfertigkeit und Gewalt vorgegangen. Sie hat die Leiter der Konföderation verhaften lassen, gerade am Vorabend des großen Kampfes und sie machter wieder auf freiem Fuß gesetzt, ohne daß sie bis heute wissen, wessen sie eigentlich angeklagt sind. Der Zweck aber war erreicht: Die Bewegung war desorganisiert und beinahe erlosch durch den Verbruch einer Verbindung mit den Reaktionären, den man auf die Arbeiter hatte fallen lassen. Wahrheit, die Arbeiterklasse hat ein Recht darauf, unter der Republik, um die sie sich immer mehr in der Zeit der Gefahr gekämpft hat, anders behandelt zu werden.

Die Haltung der Regierung hat zwei Gründe. Der erste war die feige Rücksicht auf die Panik, die die Reaktionsäre künstlich erregt hatten. Der zweite aber ist die Unfähigkeit: für die soziale Frage, die die Bewegung der Gewerkschaften vor dem Lande in ihrer ganzen Größe aufgerollt hatte, eine Lösung zu finden. Der Minister des Innern ist ein Meister in der negativen Kraft, aber die Zeit der bloßen Kritik ist heute vorbei. Doch so lange als die Majoritäten keine Lösung des sozialen Problems gefunden haben, werden die Regierungen in ihrer Passivität immer geneigt sein, ihr Mißvergnügen durch eine übermäßige Verwendung von Polizei und Militär auszudrücken. Geben Sie acht: die heutige Gesellschaft, die Sie wohl zu kritisieren, aber nicht zu ersetzen wollen — (Eine Stimme im Zentrum: „Sie ebenso wenig!“) — Ja, glauben Sie, daß ich auf die Tribüne gestiegen bin, um auch nur einem einzigen Problem auszuweichen? Ich sage Ihnen: die heutige Gesellschaft ruht nicht auf breiten Grundlagen. Ich bestreite nicht, daß in der französischen Mittelklasse eine gewisse Akkumulation von Kapital vorhanden ist, und man wird in der Tat bei der Umgestaltung der Gesellschaft diese Interessen schonen und für Entschädigungen sorgen müssen. Aber wissen Sie, was die vom Finanzministerium veröffentlichten Erbschaftsstatistiken über die wirkliche Verteilung des Eigentums im Lande aussagen? Es ist wahr, daß die Einkommensklassen von 1000 bis 10.000 Frank ein Kapital von 23 Milliarden repräsentieren, daß ferner die Einkommensklassen von 10.000 bis 100.000 Frank, die einer Bevölkerung von 1.800.000 Menschen entsprechen, 50 Milliarden darstellen. Aber während jährlich in Frankreich 800.000 bis 900.000 Menschen sterben, erreicht die Zahl der Nachlasserklärungen nicht 400.000. Rechnet man die Minderjährigen ab, so bleiben noch immer 300.000 Personen pro Jahr, die im ganzen eine Zahl von 15 Millionen repräsentieren. 15 Millionen Franzosen gehen also nach einem Leben voll Mühen dahin, ohne einen Centime zu hinterlassen. 221.000 Individuen aber — nicht einer mehr — besitzen 105 Milliarden von den 176, die sich nach der Statistik als Gesamtherbengut der 36 Millionen Franzosen ergeben!

Woher kommt nun der ungeheure Abstand zwischen dem riesenhaften Reichtum der einen und dem Nichts der anderen? Woher sonst, als von dem endlosen Tribut, den die Besitzer des Kapitals von der produktiven Arbeit der Willstollen Bürger erheben. Wir aber rufen Ihnen zu: Wollen Sie die produzierenden Menschen dazu verdammen, unter dieser Eigentumsform zu leiden? Und wäre eine Gesellschaft, in der alle Arbeitsmittel, die Erde, die Werkstätten, die Bergwerke, die Werften nicht mehr von einer Minderheit von Kapitalisten, sondern von der Gemeinschaft der vereinigten Produzenten besessen würden, nicht besser, gerechter, menschlicher? Antworten Sie, ehe Sie verdammen! Ja wohl, diese Umgestaltung — (Marxists von Dion ruft: „Nein, diese Expropriation!“) — nun ja, diese Expropriation ist es, die die Sozialisten fordern. Wenn Sie aber, trotz ihrer Vorurteile, trotz der billigen Fronte, die ja angesichts neuer Gesellschaften so leicht ist, anerkennen müssen, daß jene Gesellschaft gerechter wäre, dann hüten Sie sich! Denn wenn Sie sie trotz

dem ist unmöglich erklären, dann verstehen Sie offen den Bankrott der menschlichen Vernunft.

Aber diese Umwandlung ist möglich, möglich nach Ihren eigenen Gesetzen und nach den anerkannten Gesetzen der menschlichen Natur. (Höhnisches Gelächter und Widerspruch rechts und im Centrum.) Es ist mir nichts neues, daß derjenige, der das Bild einer neuen Gesellschaft entwirft, auf Hohn und Spott stößt. Aber nicht die Versammlungen von heute sind es, an die wir uns wenden, sondern das allgemeine Stimrecht von morgen! Doch da Sie mich drängen, Ihnen im voraus den Plan der neuen Gesellschaft zu entwerfen, die das Proletariat errichten wird, wenn es die Macht erlangt haben wird, habe ich das Recht, Ihnen zu sagen, unter welchen Bedingungen die Definition dieser neuen Gesellschaft möglich ist. Sie dürfen nicht verlangen, daß man Ihnen die historischen Details dieser Umwandlung vorherlegt. Um nur ein Beispiel zu nennen, ist es unmöglich, zu wissen, ob die allgemeine Expropriation des bürgerlichen und kapitalistischen Eigentums mit einer Entscheidung verbunden sein wird oder nicht. (Wüthender Widerspruch.) Ah, meine Herren, welch lehrreiches Beispiel! So lange man Antiker und Modernen angetreift: Stille und Aufmerksamkeit! Aber sobald man sich an das wissenschaftliche Problem wagt, sobald man auf dieser Erdbühne das Eigentum aus Lapet bringt, dann geraten alle Fibern, die ganz Substanz der Menschen in Erregung. —

Der Rechner weist an der Hand der sozialistischen Literatur nach, daß die bedeutendsten Vorkämpfer der Arbeiterklasse einer Entschädigung der Kapitalistenklasse zugestimmt haben. Er beruft sich auf Marx, Engels, Stauditz, Wanderselbe, Liebknecht. Er fügt aber hinzu: „Ich bin nicht so eitel und unbillig, der Arbeiterklasse im vorheinen Bedingungen stellen zu wollen. Ich erkläre das Recht der Arbeit für souverän, und ich werde in jedem Falle mit ganzem Herzen und mit meinem ganzen Geiste an dem notwendigen Werke der Umwandlung teilnehmen.“ — Im letzteren führt Jaures die Ansicht aus, daß sich die allgemeine Expropriation auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, aus dem Titel des „öffentlichen Nutzens“ beschließen lasse. Dann spricht er über die Aufgaben, die die sozialistische Gesellschaft nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zunächst zu erfüllen haben werde. Er facht vor allem dreierlei ins Auge: Die Errichtung gesunder Wohnungen sowie die Unterstützung der genossenschaftlich vereinigten Kleinbauern. Zweitens eine ausreichende Versorgung nicht nur der Lohnarbeiter von heute, sondern auch der heutigen Mittelsklasse gegen die Gefahren des Lebens, endlich eine unmittelbare Erhöhung des Arbeitsentgelts.

Der Redner veranschlagt die Höhe der Summe, die für die genannten Zweide frei würde, auf reichlich 7 bis 8 Milliarden Frank jährlich. Im weiteren bespricht er die Notwendigkeit der fortschreitenden Demokratisierung der Staatsverwaltung, die Entwicklung autonomer Körperschaften. Dann fährt er fort: „Sie können unsere Lehre verurteilen, Sie sagen eine Utopie erklären, aber Sie sind verpflichtet, uns zu folgen, wie Sie die soziale Entwicklung auffassen.“ Faures erinnert an die Versprechungen der radikalen Partei in der Zeit, da sie noch eine machtlose Minderheit war. „Im Jahre 1885, als die sozialistische Partei kaum über ein Häuflein Propagandisten verfügte, erschien die radikalen Blätter „Rappel“, „Radical“ und „Justice“ — der Herausgeber dieses Blattes war damals Herr Clemenceau — einen Aufruf, worin es hieß: „Wer heute kein Sozialist ist, ist auch kein Republikaner.“ — Heute aber sind Sie an der Macht, Sie verfügen über eine parlamentarische Majorität und über die Regierung. Und nun frage ich Sie: Was wollen Sie tun, um die Proletenarter von der Lohnnechtschaft zu erlösen und — nach der politischen Republik — die soziale zu verwirklichen? Sprechen Sie nicht von der Fehlbarkeit der menschlichen Vernunft! Das haben die Männer der großen Revolu-

Das Stuttgarter Fingelmännlein.

Ergählung von Eduard Mörike.

21] Nun aber zum Beschluß der Gauslerkünste erschien in Bergmannshabit, mit einer halben Larve vorm Gesicht, ein neuer Springer, ein kleiner, stumpfger Knorr; der nahte sich dem Haupt der Länger, bescheidenlich anfragend, ob ihm vergönnt sei, auch ein Probkloß abzuliegen. Es ward ihm mit spöttischer Miene verwilligt, und alsbald beschrift er das Seil, ohne Stange. Er trug ein kleines Schädeln auf dem Rücken, das er an eines der gekrümmten Schlagbühler hing, dann prüfte er mit einem Fuß die Spannung, lief vor bis in die Mitte und hub jetzt an so wunderwüthige und gewalttätige Dinge, daß alles, was zuvor gesehen war, nur Stümperarbeit erschien. Kopfunter hing er plötzlich, der kurze Zagstod, an dem Seil herab und zangelte sich so daran vorwärts auf das befehdete und wiederum zurück, schwing sich empor und stank holzgrud, fiel auf sein Hinterteil: da schnellte ihn das Seil hinauf mit solcher Macht, daß er dem Rathausglockel um ein kleines gleichgekommen war, und dennoch kam er wieder jedesmal schön auf denselben Fied zu stehen und zu sitzen. Zuletzt schlug er ein Rad von einem End des Seils um andern, das ging — man sah nicht mehr, was Arm oder Bein an ihm sei! So oft auch schon seit dreien Stunden der Reifallsruf erschollen war, soch ein Geludel und Getöse, wie über den trefflichen Bergmann, war noch nicht erhört. Die Gausler schauten ganz verblüßt daren, fragten und rieten untereinander, wer dieser Satan wäre, indes die andern Leute alle meinten, dies sei nur so ein Scherz, und das Männlein gehöre zu ihnen. Ganskurzt insonderheit stand als ein armer, ungeschlossener Krob mit seinem Gugel da: sein Passenwert war alles Räuresbiesel neben solchem Meister, ob dieser schon das Maul nicht dabei brauchte.

Nachdem der Bergmann so geendigt und sich mit unterthielichen Scharfrufen allerseits verneigt, sprang er hinab aufs Pflaster. Auf seinen Wink kam, der Handwurst mit Schallsehrucht zu ihm gesprungen, fing einen Taler Trintgeld aus in seinem spitzen Hut und nahm zugleich, höflich das Ohr herunter zu dem Männlein neigend, einen Auftrag hin, welchen er gleichfalls vollzog, indem er rund herum mit lauter Stimme rief: „Wer will von Euch noch, liebe Leut', den hänsenen Nichtweg verlassen? Es ist ein jeder freumblich und sonder Schimpf und Arges eingeladen, wes Standes und Geschlechtes er sei, das Säckeln dort am Schragen für sich herabzubolen. Es sind drei Kuzellaß darin. Er möge aber, rat' ich ihm, in der Geschwindigkeit sein Testament noch machen — des Säckelns wegen, mein' ich raw — denn der Weichstelle bricht oftmals

den Hals am ersten; es ist mir selbst einmal passiert, in Bamberg auf dem Domplatz — ja lacht nur!"

Recht aber, liebe Leser, möget Ihr Euch selbst einbilden, was für Gemurmel, Staunen und Schreden unter der Menge entstand, als der Seppel vortrat bei den Schranken und sich zu dem Wagstuhl aufschickte! Mehr denn zehn Stimmen mahnten eifrig ab, crnsthafte Männer, mancher Kamerad, zumal einige Frauen setzten sich davor: allein der Jüngling, dem der Muth und die Begier wie Feuer aus den Augen witterte, sah sich ergrimmt und achzte gar nicht darauf. Hanswurst sprang lustig herzu mit der Freibe, rief ihm die Sohlen kühnlich ein und wußt ihm die Weisung reichen; doch wie der Gefell sie mit Kopfschlägeln weg. Bereit aber wurden die Dienste des Narren am anderen Ende des Seils auch nöthig. Denn zum größten Verwundern der Zuschauer trat dort auch eins aus den Reihen hervor: man wußte nicht, sei es ein Knabe oder eine Dirne. Es trug ein rosenrotes, weißgeschlitztes Wams von Seiden zu dergleichen Hitzgrünen Beinkleidern samt Fiederhut und hatte eine seine Farbe vor.

Die Spielleute, Bläser und Pauker, die Gaffens wegen ihres Amtes gar vergessend saßen, griffen an und machten ihren March, nicht zu gemacht und nicht zu stül, nur eben recht. Da traten die beiden zugleich auf das Feil, das nicht aus Feil anstieg, setzten die Füße fest und zierlich einos vor den andern, vorsichtig, doch nicht zaghaft, die froten Arme sehr weit ausgereckt, sehr schnelle wieder eingezogen, wie es eben dem Geschicklichste blende.

Kein Boot noch Obemzug ward unter den tausend und tausend Zuschauern gehört, ein jedes fürchtete wie für sein eignes Leben; es war, als wenn jedermann wüßte, daß sich dies Boot also das erste Mal auf solche Bahn verwage.

Die junge Gräfin bedeckte vor Angst das Gesicht mit der Hand; den Grafen selber, ihren Vater, den ehrenfesten Mann, nicht es nicht mehr auf seinem Sitz; gar feste stand er auf. Auch die Brust ging höher, wie auf Beinen, ihren Schritt, ja, wer nur nicht darauf gegeben hätte, der Rathausbrunnen mit seinen vier Säulen hörte allgemach zu rauschen und zu laufen auf, und der kleine Ritter kramte sich merkwürdig. — — Nur steht! nur still! drei Schritt noch und — Suchte! schall's himmelhoch: das erste Ziel war gewonnen! Sie faßten beiderseits jenseit, hoben an seinem Ort, die Stangen an, verschnauften, gelehnt an die Gabel.

Der unbefangene Anabe wollte sich die Stirne küßten mit dem Land, umgedenkt des Darbe: da entfiel ihm dießelbe zu dem Tod und — ach! ein Graus für alle Schreiner, Vettern und Baten, Gespielen, Bekannte, zu Wuben als Mädchen — die Wronne ist's! Die Wronne Kiderien, einer Wronne Lichter von hier! zu ging's von Mund zu Mund. Ist es denn eine Wronne möglich? — rief eine Wronne imersan.

„Das Bronche, meiner nächsten Nachbarin Kind? Je! Gott sei Dank, bärig vor einer halben Stund' ist ihre Mutter heim — es ward ihr übel schon über den vorigen Krüsten — und jetzt das eigene Kind — der Schlag hält' sie gerührt, wenn sie das hätte sehen sollen!“ — Schön erhoben sich wiederum Stimmen im Kreis, und noch lauter als vorhin beim Seppie, mit Drohen, Bitten und Flehen an die Dirne, nicht weiter zu gehen. Sie aber, ganz verirrte, flammrot vor Scham, nicht wissend selbst, wie ihr geschehn, wie sie's bemocht, stand da, wie am Pranger, die Augen schwammen ihr, und ihre Knie zitterten. Ein Namaste setz, eine Leiter zu holen.

Destweil war aber schon der klirke Bergmann an der an-
deren Seite zum Seppel auf das Seil gekommen und hatte sich
etwas in Ohr gerammt, worauf der umgekommen den linken Schuß
abgab und seiner Partnerin nützig die Worte zurief: „Strom,
Brone, es hat keine Not! Trau auf mein Wort, faß Dir ein
Herz und tu mit Deinem rechten Schuß, wie Du mich eben faßt!
mit meinem linken tun, und laß ich mir led zu!“

Es folgte dem Geheiß, mit Nöcheln haß und haß mit Weinen, wahr — da flog der Schuh dem Purtschen wie von selber an seinen ausgepredigten Fuß. Nun wahr er ebenfalls, und ihr gleich daselbe.

Seht, Brone, mir entgegen! Es ist nur, bis ich - Dich einmal beim kleinen Finger habe, und wenn Du mit der Patience einsteigst, dann soll es mir und Dir etwas Gutes bekommen! Frisch dran, Ihr Spielleute, macht uns auf, und etwas lustigen!

Das fehlte nicht. Die vier Füße begannen sich gleich nach dem Zeitmaß zu regen, nicht schrittweis wie zuvor und bedächtig, vielmehr im künftgerechten Tanz, als hätten sie von klein auf mit dem Takt verkehrt, und schenken ihr ganzes Tun nur wie

ein heißes Sehe, das sie mit der Brust zustand zu bringen
hätten. Von zum an waren alle Bilde sorglos und wohl-
gefallig auf das hübsche Paar gerichtet und gingen immer von
einem zum andern. Der Mann auf dem Brunnen hätte längst
wieder den Atem gefunden, und das Wasser sprang aus dem vier-
eckigen Becken in feineren als sonst. Erst dann, als das

Er lebte noch einmal so begierig als sonst. Auf jedem Mädchen anständig, waten auf dem Platz und oben in den Fenstern, wo er selber recht der Widerschein der Unmüt zu erblicken, die man der Augen hatte. Kein Kriegsmann war so fröhlich und kein Grou-
 ndat so glücklich in der Welt und so sehr hat der

hart von der Stattherrnschaft so ernsthaft und geistreich, daß ihm das Herz dabei nicht lachte, und die Handwerksgefelln bei Stadt waren stolz, daß einer von den Ihren vor all den fremden Gästen so herrlichen Ruhm davontrage.

Der Ceppe sah im Lenz nicht mehr auf seinen Jemanden
Hoffung noch milder noch den Leuten hin: er schaute allein auf
das Mädchen, welches in unerschütterlicher Stille nur je und je
seine Augen aufhob.

Im Bürgerprozeß ist sowohl von Seiten der Staatsanwaltschaft als von Angehörigen Revision gegen das auf 8 1/2 (Querschnittswahrscheinlichkeit) sich stützende freisprechende Urteil eingeleitet worden.

Die Schwindelbekämpfung bürgerlicher Blätter wurde in einer Verhandlung vor der Halle'schen Kammer für Handelsachen am Sonnabend, den 18. Juni, in einem besonderen Fall, über den unter Bruchblatt in Halle ausführlich berichtet, beleuchtet. Es lagten „im lauterem Wettbewerb“ die „Halle'sche Zeitung“ und die „Saalezeitung“ gegen die „Halle'sche Allgemeine Zeitung“ wegen unzulässiger Abonnentenwerbung, als beide der genannten Blätter zusammen. Damit sollte sie nach § 1 des Gesetzes, den unzulässigen Wettbewerb, den Anzeichen eines besonders anstößigen Angebots hervorgerufen haben, um ihre Konkurrenz zu schädigen. Die Kläger verlangten nun, daß die beklagte Verlagsfirma verurteilt werde, diese Aufschneideri künftig zu unterlassen. Um die Unlauterkeit feststellen zu können, mußte das Gericht die Abonnentenliste der „Allgemeinen“ feststellen lassen; um aber zu erfahren, ob die beklagte ebenfalls Abonnenten habe, als die Klägerinnen zusammen, wurde ein vereidigter Blätterrevisor beauftragt, Einblick in die Geschäftsbücher aller drei Verleger zu nehmen und festzustellen, welche Abonnenten am Tage der Ankündigung eingetragen war.

Die Feststellung ergab nun, daß die „Allgemeine Zeitung“ rund 1550, also nur über 1000 Abonnenten im Dezember 1905 mehr besaß als die „Saalezeitung“ und die „Halle'sche Zeitung“ zusammengekommen. Allerdings wurde durch den vereidigten Blätterrevisor festgestellt, daß unter den Abonnenten der „Allgemeinen“ in deren Wärem 751 auch in den Eisenbahnwaggons auf der Strecke Metzeburg-Schafstedt verteilte Exemplare sich befanden.

Zudem sich so zwar das konservative samt dem liberalen Blätterarm in Arm auf dem Platze liegen, so mußte die „Allgemeine“ sich sagen lassen, daß das defizitäre Resultat mit der ermittelten Aufschlagssiffer in keinem guten Verhältnis gestanden habe. Sehr tragisch war der Streit darüber, welcher der drei Staatsverwaltenden die Krone der Vornehmheit gebühre, bis man wohl einwarf, daß es keinen Zweck habe, die Geschäftsgeheimnisse und Praktiken der Defizitlosigkeit preiszugeben. Das Gericht verurteilte noch längerer Beratung den Bescheid: Der Verleger der „Allgemeinen Zeitung“ wird verpflichtet, innerhalb 14 Tagen durch eideschwörende Zeugen zu beweisen, daß die in Halle im Dezember v. J. hergestellte „Allgemeine Zeitung“ mindestens 14,250 Abonnenten gehabt habe. Geschicht das nicht, dann erfolgt Verurteilung. — Es kann unmöglich zu den Unannehmlichkeiten gehören, heridigen zu müssen, daß man nicht einmal halb so viel Abonnenten habe, als man dem Publikum in so vornehmer Art vorgerebet hat.

Aus Schlesien und Polen.

Neue Blumenberg-Prozesse.

Der frühere Landgerichtsrat am Deutschen Landgericht Alfred Blumenberg war am 8. Dezember 1905 wegen 26 Fällen des Verbrechen im Amt, der Unterschlagung, des Betruges und des Arzneydiebstahls zu 5 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte das Urteil im großen ganzen bestätigt: nur einen Teil des Amtsverbrechens sah das Reichsgericht nicht als gegeben an. Dementsprechend wurde nur dieser eine Fall eines abweichender Redigierens des Strafmaßes an die Provinzialregierung zurückgewiesen. Blumenberg hatte sich, wie er selbst zugibt, gewisse Prozesse der zweiten Zivilkammer, die ihm nicht unterstellt war, herausgeben lassen, um auf an ihn herangegangene Aufforderung Verlagsverträge zwischen zwei Parteien in einem Verlagsvertragsprozeß zu machen. Er tat dies in der Hoffnung, hierbei 10. bis 20.000 Mark zu verdienen. Der Staatsanwalt beantragte, das Strafmaß auf 4 Jahre 9 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust festzusetzen und anstatt 3 Monate 6 Monate für verurteilt zu erklären. Das Gericht erkennt auf 4 Jahre 9 Monate Gefängnis, 4 Jahre Ehrverlust und läßt 9 Monate der Strafe als durch die Untersuchungshaft für verurteilt gelten. Demnach werden noch weitere Verurteilungen, die nach seiner ersten Verurteilung aufgedeckt wurden, zur gerichtlichen Verhandlung kommen.

Die Agitationskommission für den Agitationsbezirk Gölitz.

(7 Wahlkreise) hält am Sonntag, den 1. Juli, früh 10 Uhr, im Hotel Namelos, Gölitz, eine Sitzung ab mit der Tagesordnung: 1. Vierteljahresbericht des Parteileiters, 2. die Beschlüsse des Provinzialer Parteitag und die Einberufung einer Gemeindevorstandskonferenz für den Bezirk.

Kampf gegen die Polen.

Wie der „Oberhessische Wanderer“ meldet, wurden bei mehreren Polenführern in Jaborz Hausdurchsuchungen nach verbreiteten Schriften vorgenommen und eine Anzahl solcher Schriften beschlagnahmt.

Es wird weiter „germanisiert“.

Wie der „Osnabrücker Post“ mitteilt, schweben zur Zeit noch weniger wie sechs Prozeßsachen gegen ihn, darunter zwei wegen Beleidigung und einer wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Wir teilen das bereits kurz mit.

Als sehr interessant bezeichnet der „Post“ nun das neueste Strafverfahren gegen seinen Redakteur. Die Polizeibehörde habe in Aufzählung zwei Kinder als lästige Ausländer ausgewiesen. Der „Post“ habe damals der Behörde in Erinnerung gerufen, daß Herodes ebenfalls gegen Kinder gekämpft habe und daß ihm dies schlecht bekommen sei. Die Staatsanwaltschaft habe darin das Lächeln der „Osnabrücker Post“ (1) erblickt, nachdem sich diese Bemerkung auf den regierenden Kaiser gar nicht bezogen haben könne, da der „Post“ damit lediglich zwei Arten des Kampfes gegen Kinder verglichen habe. Im übrigen sei dem „Post“ bekannt, daß die Ausweisungen durchsicht nicht auf Veranlassung des Kaisers erfolgt seien; das Blatt sei auch davon überzeugt, daß der Kaiser über die Ausweisung polnischer Kinder, die nichts verbrochen hätten, empört sein würde, wenn er davon etwas erfahren sollte.

Wie auch sonst die Gleichheit aller Völker vor dem Gesetz ausspricht, davon gibt daselbe Blatt in folgendem ein kleines Bild: In Posen sind in letzter Zeit zwei Schützengilden, eine polnische und eine deutsche. Während nun die deutsche Gilde am Sonntag in geschlossenem Zuge nach dem Schützenhaus hinausmarschieren durfte, wurde der polnischen Gilde der Ausmarsch verboten. Die polnische Gilde marschierte dennoch aus, der Vorstand wird sich deshalb vor Gericht zu verantworten haben.

Keine Trunksucht mehr!

Unter diesem selbsterklärenden Titel erschien vor einiger Zeit in vielen Blättern ein großes Inserat, welches in geschäftlicher Darstellung des „Cognacpöbels“ als unheilbares und dabei unschätzbare Mittel gegen die Trunksucht anpries. Eine Probe von dem wunderbaren Cognacpöbel wird gratis geschickt, hieß es in der Adresse. Tausende und abertausende von Deutschen England schickten, ohne irgend einen Erfolg zu erzielen. Nachdem schon längere Zeit Proben von der Arbeiter-Abteilung bezogen wurden, daß es sich bei „Cognacpöbel“ um einen ganz gewöhnlichen Schwindelei handelte, wurde vor kurzem auch das Inserat

(In der Postgeheimhaltung in einer öffentlichen Bekanntmachung gegen den Kauf dieses sehr teuren, aber vollständig werthlosen angeblichen Mittels gegen die Trunksucht. Diese Bekanntmachung des Berliner Postgeheimhalters ist durch Vermittlung des Ministeriums allen Regimentspräsidenten und durch diesen allen preussischen Polizeibehörden bekannt gegeben worden. Diese sorgten wieder für Veröffentlichungen der Warnung vor „Cognacpöbel“ in den verschiedensten Zeitungen, so daß diese Warnung in ganz Preußen durch amtliche Bekanntmachung verbreitet wurde.

Trotzdem bemerkten wir immer noch in den verschiedensten illegitimen Blättern der Provinz jene „Cognacpöbel“-Schwindeleianzeige. In den letzten Tagen fanden wir sie z. B. in zwei im oberhessischen Industriebezirk erscheinenden Blättern, nämlich der „Rheinischen Zeitung“ und dem „Oberhessischen Tageblatt“, die beide z. B. jene amtliche Warnung, von der Nationalen Polizeibehörde ausgehend, veröffentlichten. Ein solches Verfahren ist im höchsten Maße verwerflich. Wie viele Leute wissen wir nicht, jedenfalls aber sehr viel weniger, wie die letzten, welche die sehr auffällige „Cognac“-Schwindeleianzeige sahen. Im Industriebezirk, wo die Trunksucht sehr stark grassiert, durch die Trunksucht ihrer Arbeiter in eine sehr traurige Lage gebracht, denen durch jenen gewinnlosen Schwindelei oft das Letzte abgezogen wird, die infam heiss zu werden um ihr Geld, und ihre Familien. Die „anständigen“ bürgerlichen Mütter aber, die heute noch jene Schwindeleianzeigen weiter verbreiten, sie machen sich zu Mätern an dem freien Schwindelei, zu Helfershelfern der in England hausenden und hier unglücklichen Verbrecher. Und das um ein paar Mark Annoncengebühren!

Hätten nicht die Herren von der Post, sowie die Herren Staatsanwälte, die mit Argusaugen jedes sozialdemokratische Blatt verfolgen und immer neue „Verbrechen“ bei diesen entdecken, alle Verurteilungen, sich jene „Kochschinken“- und natürlich Staatsverurteilungen mit ihrer offenkundigen Beihilfe zum gemeinen Betrüge etwas näher anzusehen?

Gegen den Stumpfsinn!

Die Stadtlehrer von Löwenberg und auch die Lehrer in der Umgegend haben eine Anweisung erhalten, wonach von den bisher zu lernenden biblischen Geschichten ein großer Teil — und zwar betrifft es solche, die den Kindern bisher immer viel zu schafften machten und nach Ansicht einsichtiger Pädagogen direkt zum Stumpfsinn führen — nicht mehr auswendig gelernt, sondern nur besprochen werden soll. Nicht nur Lehrer, sondern auch die betreffenden Eltern sind von dieser Verfügung recht bedrückt und man darf wohl hoffen, daß auch anderwärts diese eigentlich überall längst notwendige Erleichterung eintreten wird.

Rechtsprechung durch das „Volk“.

Unter den 27 für die Posener Schwurgerichtsperiode ausgesetzten Geschworenen befinden sich nicht weniger denn 15 Ritter, ein Rentier, ein Regierungsrat und eine Reihe höherer Beamte.

Oslau, 17. Juni. Aus der Partei. In der am 16. Juni abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins erhaltete der Kassierer den Kassierbericht. Die Einnahme betrug 262 Mk. 37 Pf.; die Ausgabe 105 Mk. 53 Pf.; mithin Bestand: 156 Mk. 84 Pf. Genosse Langner berichtete vom Parteitag. Die Frage der Verbreitung der Arbeiterzeitschrift in Oslau wurde erörtert. Genosse Rühle beantragte Aufstellung eines zweiten Kassierers. Die Angelegenheit, sowie die Erwählung neuer Kassierer-Beizute wird dem Vorstände überlassen. Eine lebhaftere Agitation für die „Volkswacht“ sei bringen geboten. — Der Gastwirt Herr Schmidt ist innerhalb einer Woche mit drei Strafmandaten beklagt worden. Es sei unsere und aller anderen Genossen Pflicht, unseren Wirt zu unterstützen.

—b. Bries, 18. Juni. Die Justiz gegen die Postkötter. Am Montag standen, wie bereits mitgeteilt, 12 Genossen vor dem Schöffengericht wegen großen Unfugs, Uebertretung der Polizei-Verordnungen und wegen eines den Saalbesitzern unangenehmen Flugblattes. Nach dem Urteile vom Freitag war das Urteil vorzusprechen. Es wurde insgesamt auf 142 Mark Geldstrafe erkannt. Der Maurer W., welcher in zwei Fällen angeklagt war, wurde zu insgesamt 25 Mark oder 5 Tagen Haft verurteilt. Gegen den Tischler Sch. wurde der Strafmandat zurückgezogen. Nunmehr kam der Genosse Bremer-Leubusch als Verantwortlicher des Flugblattes an die Reihe. Hierzu waren 10 Zeugen geladen, darunter der Polizeikommissar, ein paar Gastwirte, sowie einige Kaufleute, welche alle bezeugen sollten, daß sie selber oder andere sich „beunruhigt gefühlt hätten“. Die Beweisaufnahme ergab jedoch das Gegenteil. Nur der Polizeikommissar gab an, daß sich doch einige Bewohner beunruhigt gefühlt hätten. Dieser Ansicht war natürlich auch der Staatsanwalt, welcher eine Gefängnisstrafe von 1 Monat beantragte! (Hierzu hatte absondern noch der Gastwirt Tischner, Harmonie, etwas „Wichtiges“ vorzubringen. Allein der Vorsitzende unterbrach den Eifrigen mit den Worten: „Das sind Denunzationsklausuren, Herr Zeuge, und sie sind hier nicht gestattet.“) Das Urteil lautete auf Freisprechung. Mit betrübten Gesichtern zogen die Saalbesitzer mit dem Polizeikommissar von dannen.

Alsdann kam die Verurteilung des Arbeiters Pl. gegen die Polizeistraf wegen Flugblattverbreitung zur Verhandlung. Es erfolgte auch hier Freisprechung. Auf Verurteilung des Maurers Ap. gegen die Polizeistraf von 5 Mark wurde diese auf 2 Mark herabgesetzt. Der Korbmacher W., welcher großen Unfug dadurch verübt haben sollte, daß er auf der Straße der Aufforderung des Schutzmannes, sich zu entfernen, nicht „sich“ Folge geleistet haben sollte. Gegen dieses Verbrechen wurden beantragt 30 Mk. oder 10 Tage Haft. Urteil: 15 Mark oder 5 Tage Haft. Beim Tischler B. wegen desselben Vergehens wurden 21 Mark beantragt. Urteil: 15 Mark oder 5 Tage Haft. Ebenso wurde gegen den Arbeiter P., den Buchbinder B., den Zigarbeiter Tsch., den Metallarbeiter A. wegen gleichen Vergehens auf je 15 Mark oder 5 Tage Haft erkannt. Dem Zigarbeiter A. wurden gar 30 Mark oder 10 Tage Haft zugesprochen.

Selbstverständlich wird gegen diese Urteile, soweit sie nicht auf Freisprechung lauten, Berufung eingelegt. Sie werden uns noch sehr viele Anhänger zuführen.

2. Hittersbach, 19. Juni. Maßregeln. Der Verbandsrat Franz Heine und dessen Arbeitskollege Hermann Schneider zu Halberstadt beschäftigt waren, erzielten ihre Absicht, unteren Gewerkschaften eine neue Organisation zu geben, was eine kleine Demonstration zur Folge hatte. Auch war durch Verhaftung des Herrn Schneider, an dem Gewerkschaften sich gewendet in Absicht gestellt worden, was allerdings in der nächsten Generalversammlung eine Statutenänderung notwendig gemacht hätte. Die Absicht der Herren anzugreifen beabsichtigt zu haben, und so müssen die verurteilten Schenke sich einem anderen Verbrechen anwenden. Die Ge-

stigten appellieren an ihre Genossen, fest zur Organisation stehen, damit auch der letzte Mann für unsere Sache gewonnen wird.

—3. Hirschberg, 18. Juni. Von der Zimmerer-Deputation. In der letzten Mittelober-Versammlung der Zimmerer-Schmidt-Breslau den Bericht über den verflochtenen Streit. Bekanntlich hatten die Zimmerer schon im November vorigen Jahres im Verhandlungen mit den Arbeitgeber nachgelassen: da sie hierauf keine Antwort erhielten, sandten sie die Lohnforderung am 11. März ein, die dahin zielte, den Stundenlohn von 36 auf 40 Pf. zu erhöhen. Die Antwort darauf wurde bereits in der „Volkswacht“ bekannt gegeben worden. Am 2. April wurde darauf der Streit beschloffen, an dem sich 11 Kameraden beteiligten. Dieser Kampf ist nun nach höchstschwieriger Woche des Kampfes klar, daß jetzt nicht lediglich die Lohnfrage im Vordergrund stand, sondern daß es sich um einen von den Unternehmern aufgeworfene Machfrage handelte. Die Arbeiter hatten sich zum Ziel gesetzt, die Organisation der Zimmerer-Schmidt-Breslau zu vernichten. Nach sechs Wochen des Streiks fand die erste Verhandlung mit dem Bund statt, selbstverständlich aber resultatlos. Meißner Beer erklärte damals, in diesem Jahre nicht einen Pfennig bewilligen zu können. In der nächsten Woche wurden die Verhandlungen von Seiten des Arbeitgebers De Valande u. Schmidt wieder aufgenommen, die dann vom gesamten Bund weiter geführt wurden. Hierbei wurde eine Erklärung erteilt, indem die Arbeitgeber bei sofortiger Aufnahme der Arbeit 33 Pf. und zum 1. April 1907 40 Pf. Stundenlohn bewilligten und die Organisation anerkannten. Nebenfalls wiesen nun die Hirschberger Arbeitgeber von ihren Zimmerleuten, daß sie zu streiken verbleiben. Von den Streikenden selbst waren nur 4 Mann abgegangen. Später fielen ihnen noch 6 Mitglieder, die zu Anfang nicht am Streik beteiligt waren, in den Rücken. Außerdem waren noch 34 nicht-organisierte Zimmerer, die weiter gearbeitet haben, vorhanden. Darin sind Polizei und Leute von 70 Jahren mit einberechnet; die weitaus größte Zahl derselben sind bei Meißner Beer in Arbeit, die es schon 1903 fertig gebracht haben, Arbeitswillige zu werden.

Die Folgen des Hirschberger Streiks haben sich in der Umgegend schon bemerkbar gemacht. In unserer nächsten Nähe, in Schmiedberg, hatten die Zimmerer am 2. Juni ebenfalls Lohnforderungen eingereicht. Sie wollten den Stundenlohn von 29 auf 35 Pf. aufgebracht werden. Am Sonntag, den 10. Juni, hatte bereits Hirschberg eine Verhaftung stattgefunden, wo den Arbeitern der Stundenlohn von 33 Pf. bei 11stündiger Arbeitszeit in diesem Jahre und 36 Pf. und 10stündiger Arbeitszeit vom April nächsten Jahres bewilligt wurde. Nach regen sich jetzt die Zimmerer in Wamborn und Wermbsdorf in ähnlicher Weise, um auch dort Remedur in der Lohnfrage zu schaffen.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden die Ergänzungsanträge zum Vorstand vorgenommen, weil der zweite Vorsitzende verstorben, der zweite Schriftführer und zweite Kassierer abgewählt waren. Als zweiter Vorsitzender wurde Eder, als zweiter Schriftführer Köhler, als zweiter Kassierer Munné gewählt. Ferner wurden die Ratstellen in Bezirke eingeteilt. Hirschberg als erster, Schmiedberg als zweiter, Wamborn als dritter, und Wermbsdorf als vierter Bezirk.

—b. Meisse, 19. Juni. Verurteilung Baghaliigkeit. Vier Kriegsdienstler unternahmen am Sonnabend, den 16. d. Mts., eine Raubfahrt auf der Meisse. Trotz Verbot naherten sich die jungen Krieger dem am Schiffe Nr. 1 belegenden Wehr, um sich von den infolge des hohen Wasserstandes bewegten Wägen schaufeln zu lassen. Der Kahn geriet in den Strudel, wurde mehrere Male herumgeschleudert und kenterte. Unter großen Anstrengungen gelang es dreien dieser Unvorsichtigen sich durch Schwimmen zu retten, während der vierte sich mit dem 15. Infanterie-Regiment ertrank. Moniere suchten unter eigener Lebensgefahr am Sonntag nach der Leiche, die noch nicht gefunden wurde.

—f. Neustadt, 19. Juni. Segen der Sonntagsarbeit. Am Sonntag, den 17. d. M. Vormittags arbeiteten die Arbeiter in der Sudauer Flachspinnerei. Beim Flachstransport fiel dem Arbeitswilligen Linus Schmidt ein voller Korb auf den Kopf, so daß der Betroffene sofort zusammenbrach und schwerverletzt nach Hause gebracht werden mußte.

—Fabrikant und Kassenarzt. Alle Streikenden der Sudauer Flachspinnerei blieben bis jetzt freiwillige Mitglieder der Fabrikantenkassette der genannten Firma. Nun, da die Arbeiter einmal Zeit haben, sich um Arzt und Apotheke zu kümmern, weigern sich die Kassenärzte, die Arbeiter zu behandeln! Jeder soll erst den Nachweis erbringen, daß er auch seine Beiträge entrichte. In Neustadt scheint man nicht zu wissen, daß die Krankenkasse noch drei Wochen für jedes ausbleibende Mitglied aufzukommen hat.

—J. Wamborn, 18. Juni. „Gott ist's Soldaten-leben!“ Nicht weniger wie drei Soldaten sind in den letzten Tagen von der hiesigen Garnison desertiert und zwar ein Grenadier des Grenadier-Regiments zu Pferde und zwei Musketiere des Infanterie-Regiments Nr. 14.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In Järlschau bei Striegan brach bei einem Neubau des Fuhrwerksbesizers A. Gehauer das Gerüst, auf welchem der Polier und ein Maurer arbeiteten, zusammen. Während der Polier unverletzt blieb, erlitt der Maurer Heinrich König aus Järlschau schwere Verletzungen, indem ihm drei Rippen und das Becken gebrochen wurde. Der Unfall ist auf Ueberlastung des Gerüsts zurückzuführen. — Bei Hermersdorf erkrankte sich während der Mittagspause auf dem Juliusstade der Bergmann Hermann Anders mittels der sogenannten Walschne, die er an einem Schienbolz befestigt hatte. — Ein bei einem Bauerngutbesitzer in Wetzlar, Kreis Trebnitz, bediensteter vierzehnjähriger Diensthilfe schlich sich in der Nacht in das Schlafzimmer der gleichaltrigen, bei derselben Verhältnisse dienenden Magd und versuchte dieser mit einem Schlachtmesser den Hals abzuschneiden. Das Mädchen erwachte, setzte sich auf Wehr und schrie um Hilfe, wodurch der Unhold an seinem Vorhaben gehindert wurde. Das Mädchen wurde noch in derselben Nacht ins Krankenhaus gebracht. Zum Glück sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich. Der Diensthilfe wurde verhaftet und ins Gefängnis in Trebnitz eingeliefert. Der Beweggrund zur Tat ist darin zu suchen, daß die Magd den Jungen anzeigte, weil er ihr Geld gestohlen hatte. — Sonntag fand in Reulendorf der sechste Verbandstag der Rheinmärker Kreisfeuerwehren statt. Als Abends die auswärtigen Wehren den Ort wieder verlassen hatten, erlitt plötzlich Feuerlärm. Ein großer Strohschuber, dem Großgrundbesitzer Rentner Härtel gehörig, brannte nieder. Am Tage vorher kam in dem Gasthof des Gastwirts Kuhn in Olsdörfer Feuer aus, welches den Stall und eine angrenzende Scheune in Asche legte. — Der Füllhiller Rinner von der 11. Kompanie (38. Inf.-Regt.), der wegen Mißhandlung eines Unteroffiziers zu 6jähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde, aber zur Beobachtung seines Geisteszustandes (Rinner hatte mehrfach Selbstmordversuche unternommen und sich sehr wild gebärdet), in einer Arrestzelle des Lazarets in Olsdörfer untergebracht war, ist aus dieser entwichen. Der Flüchtling war nur mit einer hellen Kasacktheile und einem gestreiften Hemd bekleidet. — Auf dem Staatsbahnhofe Krositzschin verunfallte beim Verladen von Getreide der Arbeiter Geizigt von hier. Derselbe stand mit einem Faße auf dem Lastwagen und mit dem anderen auf dem Güterwagen, als plötzlich die vor den Wagen gespannten Pferde schwanden und anzogen. E. stürzte unter den mit 50 Zentnern schweren Lastwagen und die Räder gingen ihm über die Brust, wodurch der Tod sofort eintrat. Der Verunglückte war ein fleißiger Arbeiter und Vater von neun Kindern.

Die „Weltmacht“
erschließt sich dem Leser
und ist durch die
Abteilung, des Generalpostamt, 44,
aus dem Reichspostamt zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Sonder die Postbezugs 2.50,
für ein Jahr 25.00,
bei der Post am 22. 2. 24.

Volksmacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortungsbereich
beruht für die einseitige
Verantwortung über den Staat
25. Wenzels, für Verleumdung und
Berufungsbereich
15. Wenzels.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Freitag 1 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 141.

Donnerstag, den 21. Juni 1906.

17. Jahrgang.

Jaurès Rede über den Zukunftsstaat.

Aus Paris wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Die Wahlen haben die radikale Partei aus Ruder gebracht und damit die bürgerliche Demokratie vor ihre Schicksalsfrage gestellt. Sie muß entweder ihr Reformprogramm durchführen oder vor den arbeitenden Massen ihren politischen und moralischen Bankrott bekennen. Welche von diesen beiden Möglichkeiten wünschenswert und wahrscheinlich ist, darüber ist in der sozialistischen Partei in der letzten Zeit lebhaft diskutiert worden. In jedem Falle ist die Sozialisten die Zeit gekommen, dem Lande nicht nur die Inkonsistenz und die Unredlichkeit der Radikalen, sondern auch die Unzulänglichkeit der bürgerlichen Lösungen selbst darzulegen und die weitertragende Kraft des sozialistischen Programms zu erweisen. Dieser Aufgabe hat sich Jaurès unterzogen, der in einer der größten Teile zweier Parlamentssitzungen ausfüllenden Rede, deren rhetorischer Glanz namentlich in ihrem zweiten Teile dem ganzen Hause Bewunderung abzwang und deren polemische Schärfe den Regierungsmännern — vor allem Herrn Clemenceau — sichtlich unangenehm wurde, mit dem Regierungsradikalismus abgerechnet und seine Auffassung von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele darlegte. Die Reaktionen, zu denen diesmal — bei dem sozialökonomischen Thema — nicht nur die Radikalen und die Monarchisten gehörten, versuchten Jaurès mit höflichen Zwischenrufen aus dem Konzept zu bringen, aber ihre Heftigkeit hatte keinen echten Klang.

Jaurès legte besonderes Gewicht auf die Frage, ob die Verwirklichung der Produktionsmittel mit einer Entschädigung der Kapitalisten verbunden werden könne. Man mag diese Frage vielleicht nicht von drängender Aktualität finden, aber in den Tagen, da die Duma die Landverteilung an die Bauernschaft vermittelt eine Expropriation im großen Stil vornimmt, und das Problem der Expropriation der Expropriateure vor der internationalen Bourgeoisie in einer unheimlich greifbaren Gestalt tritt, die ganz besondere Unmöglichkeit der französischen Bourgeoisie-vertreter in ökonomischen Dingen ist es überaus charakteristisch, daß die kürzlich Endeckung eines Radikalen, daß die entschädigten Kapitalisten ihr Einkommen zu neuerlicher Profitmacherei ausnützen würden, so ziemlich von der ganzen bürgerlichen Presse als eine schlagende Widerlegung der von Jaurès vertretenen Auffassung behandelt wird! Der Herrscherstand des französischen Normalbürgers hat eben keine Ahnung davon, daß aller Profit aus der Ausbeutung der Lohnarbeit stammt und daß das schändliche „Kabal“ nichts nützt, sobald die kapitalistische Mehrwertproduktion aufhört.

Jaurès begann mit einer scharfen Kritik der arbeitseindlichen Haltung der Regierung während der Streikbewegung: Man mag darüber streiten, ob die Arbeitskonföderationen richtig vorgegangen ist, aber darum bleibt das Unternehmen der Arbeiter, durch Vereinigung ihrer Gewerkschaften eine selbständige Kraft, eine wahre Organisation der ganzen Arbeiterklasse zu errichten, von höchster Bedeutung. Doch die Regierung hat sich gegen

diese Bewegung in einer Art verhalten, daß heute in der ganzen Arbeiterklasse das Gefühl herrscht, daß ihre Freiheit, ihr Streikrecht verlegt wurde. Die Regierung ist mit Unredlichkeit und Gewalt vorgegangen. Sie hat die Leiter der Konföderation verhaften lassen, gerade am Vorabend des großen Kampfes und sie nachher wieder auf freien Fuß gesetzt, ohne daß sie bis heute wissen, wessen sie eigentlich angeklagt sind. Der Streik aber war erreicht: Die Bewegung war dekoriert und beinahe erlosch durch den Verdacht einer Verbindung mit den Reaktionsären, den man auf die Arbeiter hatte fallen lassen. Wahrlich, die Arbeiterklasse hat ein Recht darauf, unter der Republik, um die sie sich immer mehr in der Zeit der Gefahr geschert hat, anders behandelt zu werden.

Die Haltung der Regierung hat zwei Gründe. Der erste war die feige Rücksicht auf die Partei, die die Reaktionsäre künftighin errögen hatten. Der zweite aber ist die Unfähigkeit: für die soziale Frage, die die Bewegung der Gewerkschaften vor dem Lande in ihrer ganzen Größe aufgerollt hatte, eine Lösung zu finden. Der Minister des Innern ist ein Meister in der organischen Kritik, aber die Zeit der bloßen Kritik ist heute vorbei. Doch so lange als die Majoritäten keine Lösung des sozialen Problems gefunden haben, werden die Regierungen in ihrer Unfähigkeit immer geneigt sein, ihr Mißvermögen durch eine übermäßige Vernehmung von Polizei und Militär auszuwachen. „Geben Sie acht: die heutige Gesellschaft, die Sie nicht kritisieren, aber nicht zu ersetzen wissen.“ (Eine Stimme im Publikum: „Sie ebenso wenig!“) — Ja, glauben Sie, daß ich auf die Tribüne gestiegen bin, um auch nur einem einzigen Problem auszuweichen? Ich sage Ihnen: die heutige Gesellschaft ruht nicht auf breiten Grundlagen. Ich bestreite nicht, daß in der französischen Mittelklasse eine gewisse Zustimmung von Kapital vorhanden ist, und man wird in der Tat bei der Umgestaltung der Gesellschaft diese Interessen schonen und für Entschädigungen sorgen müssen. Aber wissen Sie, was die vom Finanzministerium veröffentlichten Geschäftszahlen über die wirkliche Verteilung des Einkommens im Lande angeben? Es ist wahr, daß die Einkommensteuern von 1900 bis 1905 einen Gewinn von 23 Milliarden repräsentieren, daß ferner die Einkommensteuern von 1900 bis 1905 einen Verlust von 1,800,000 Menschen entsprechen, 50 Millionen den darstellen. Über während jährl. in Frankreich 800,000 bis 900,000 Menschen sterben, erreicht die Zahl der Nachbesserungen nicht 400,000. Nehmen wir die Wundersachen ab, so bleiben noch immer 300,000 Personen pro Jahr, die im ganzen eine Zahl von 15 Millionen repräsentieren. 15 Millionen Franzosen gehen also nach einem Leben voll Mühen dahin, ohne einen Centime zu hinterlassen. 15 Millionen Individuen aber — nicht eine mehr — besitzen 105 Milliarden von den 176, die sich nach der Statistik als Gesamtvermögen der 36 Millionen Franzosen ergeben!

Wohin kommt nun der ungeheure Abstand zwischen dem riesenhaften Reichtum der einen und dem Mangel der anderen? Woher kommt, als von dem endlosen Reichtum, den die Besitzer des Kapitals von der produktiven Arbeit der Millionen Bürger erheben. Wir aber rufen Ihnen zu: Wollen Sie die produzierenden Menschen dazu verdammen, unter dieser Elendensform zu leiden? Und wäre eine Gesellschaft, in der alle Arbeitsmittel, die Erde, die Vegetation, die Bergwerke, die Quellen nicht mehr von einer Handvoll von Kapitalisten, sondern von der Gemeinschaft der vereinigten Produzenten besessen würden, nicht besser, gerechter, mensichtlicher? Antworten Sie, ob Sie verdammen! Jawohl, diese Umgestaltung! (Marxus von Tien ruft: Nein, diese Expropriation!) Nun ja, diese Expropriation ist es, die die Sozialisten fordern. Wenn Sie aber, trotz ihrer Vorurteile, trotz der billigen Fronte, die ja angeblich neuer Gesellschaften so leicht ist, anerkennen müssen, daß jene Gesellschaft gerechter wäre, dann bitten Sie sich! Denn wenn Sie sie trotz-

dem für unmöglich erklären, dann verkünden Sie offen den Bankrott der menschlichen Vernunft.

Aber diese Umwandlung ist möglich, möglich nach Ihren eigenen Gesetzen und nach den anerkannten Gesetzen der menschlichen Natur. (Höfliches Gelächter und Widerspruch rechts und im Zentrum.) Es ist mir nichts neues, daß derjenige, der das Bild einer neuen Gesellschaft entwirft, auf Lohn und Spott stößt. Aber nicht die Versammlungen von heute sind es, an die wir uns wenden, sondern das allgemeine Stimmrecht von morgen! Doch da Sie mich drängen, Ihnen im voraus den Plan der neuen Gesellschaft zu entwerfen, die das Proletariat errichten wird, wenn es die Macht erlangt haben wird, habe ich das Recht, Ihnen zu sagen, unter welchen Bedingungen die Definition dieser neuen Gesellschaft möglich ist. Sie dürfen nicht verlangen, daß man Ihnen die historischen Details dieser Umwandlung vorsetze. Um nur ein Beispiel zu nennen, ist es unmöglich, zu wissen, ob die allgemeine Expropriation des bürgerlichen und kapitalistischen Eigentums mit einer Entschädigung verbunden sein wird oder nicht. (Widerstand.) Ah, meine Herren, welche sehr reiches Beispiel! So lange man Minister und Regierungen angreift: Stille und Aufmerksamkeit! Aber sobald man sich an das wirkliche Problem wagt, sobald man auf dieser Tribüne das Eigentum aus dem Lande bringt, dann geraten alle Fieber, die ganze Existenz der Menschen in Erregung.

Der Redner wies an der Hand der sozialistischen Literatur nach, daß die bedeutendsten Vorkämpfer der Arbeiterklasse einer Entschädigung der Kapitalistenklasse zugestimmt haben. Er berief sich auf Marx, Kantakow, Vandervelde, Liebknecht. Er fügt aber hinzu: „Ich bin nicht so eitel und unbillig, der Arbeiterklasse im verheißenen Reichthum stellen zu wollen. Ich erkläre das Recht der Arbeit für souverän, und ich werde in jedem Falle mit meinem Herzen und mit meinem ganzen Geiste an dem notwendigen Werke der Umwandlung teilnehmen.“ — Im weiteren führt Jaurès die Ansicht aus, daß sich die allgemeine Expropriation auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, aus dem Titel des öffentlichen Einkommens beschließen läßt. Dann spricht er über die Aufgaben, die die sozialistische Gesellschaft nach der Verwirklichung der Produktionsmittel zunächst zu erfüllen haben werde. Er führt vor allem dreierlei ins Auge: Die Errichtung gesunder Wohnungen, die Unterbringung der gemeinsamen, vereinigten Kleinbauern, zweitens eine ausreichende Verteilung der Arbeit nicht nur der Lohnarbeiter von heute, sondern auch der heutigen Mittelklasse gegen die Gefahren des Lebens, endlich eine unmittelbare Erhöhung des Arbeitsentgelts.

Der Redner veranschlagt die Höhe der Summe, die für die genannten Zwecke frei würde, auf reichlich 7 bis 8 Milliarden Franc jährlich. Im weiteren berichtet er die Entwurfslinie der fortschreitenden Demokratisierung der Staatsverwaltung, die Entwicklung autonomer Abperschaften. Dann fährt er fort: „Sie können unsere Rede beurteilen, Sie für eine Utopie erklären, aber Sie sind verpflichtet, uns zu sagen, wie Sie die soziale Entwicklung aufhalten.“ Jaurès erinnert an die Versprechungen der radikalen Partei in der Zeit, da sie noch eine machthafte Minorität war. Im Jahre 1885, als die sozialistische Partei kaum über ein Dutzend Propagandisten verfügte, erklärten die radikalen Mäler „Radikal“, „Radical“ und „Radical“ — der Herausgeber dieses Blattes war damals Herr Clemenceau — einen Aufruf, worin es hieß: „Wer heute kein Sozialist ist, ist auch kein Republikaner.“ — Heute aber sind Sie an der Macht. Sie versagen über eine parlamentarische Majorität und über die Regierung. Und nun frage ich Sie: Was wollen Sie tun, um die Proletarier von der Lohnneidenschaft zu erlösen und nach der politischen Republik — die soziale zu verwirklichen? Sprechen Sie nicht von der Feilheit der menschlichen Vernunft! Das haben die Männer der großen Revol-

Das Stuttgarter Hühelmännlein.

Erzählung von Eduard Mörike.

21] Nun aber zum Beschluß der Gauckerkünste erziehen in Bergmannshaus, mit einer halben Dose vom Gesicht, ein neuer Springer, ein kleiner, hübscher Knabe; der hatte sich dem Haupt der Tänzer, bescheidenlich antragend, ob ihm vergönnt sei, auch ein Probierlein abzugeben. Es ward ihm mit spöttlicher Miene bewilligt, und alsbald beschritt er das Seil, ohne Stange. Er trug ein kleines Säcklein auf dem Rücken, das er an eines der gekreuzten Schlagbölzer hing, dann prüfte er mit einem Fuß die Spannung, ließ vor bis in die Mitte und hob jetzt an so wunderwürdige und gewaltige Tünge, daß alles, was zuvor gesehen war, nur Schimäre der Phantasie erschien. Nachher hing er plötzlich, der kurze Jagstod, an dem Seil herab und zögerte sich so daran vorwärts auf das beherdelt und wiederum zurück, schwang sich empor und stand bald darauf, fiel auf sein Hinterteil: da schmeckte ihn das Seil hinauf mit solcher Macht, daß er dem Hausguckel um ein kleines gleichgekommen war, und dennoch kam er wieder jedesmal schön auf denselben Fleck zu stehen und zu sitzen. Zuletzt schlug er ein Rad von einem Ende des Seils zum andern, das ging — man sah nicht mehr, was Arm oder Bein an ihm sei! So oft schon seit dreien Stunden der Weisheitsruf erschollen war, so oft ein Guckel und Guckel, wie über den trefflichen Bergmann, war noch nicht erhört. Die Gauckler schauten ganz verblüfft dazeln, fragten und rieten untereinander, wer dieser Satan wäre, indes die andern Leute alle meinten, dies sei nur so ein Scherz, und das Männlein gehöre zu ihnen. Gaucksturz! Insonderheit stand als ein armer, ungezogener Knabe mit seinem Guckel da: sein Postament war alles Jaurèsbrosel neben sochem Meister, ob dieser schon das Maul nicht dabei brauchte.

Nachdem der Bergmann so geneigt und sich mit unterwürfigen Schmeicheleien allerseits verneigt, sprang er hinaus aufs Pflaster. Auf seinen Wink kam der Gaucksturz mit Schall und Schrei zu ihm geflüchten, fing einen Zaler Trinkgeld auf in seinem spitzen Hut und nahm zugleich, höflich das Ohr herunter zu dem Männlein neigend, einen Auftrag hin, welchen er gleichfalls vollzog, indem er rind herum mit lauter Stimme rief: „Wer will von Euch noch, liebe Leute“, den häßlichen Nichtsweg versuchen? Es ist ein jeder freundlich und sonder Schimpf und Arges eingeladen, was Standes und Geschlechts er sei, das Guckel ein auf Schragen für sich herabzuholen. Es sind drei Hühelmännlein darin. Er möge aber, rat' ich ihm, in der Guckelwindigkeit sein Testament noch machen — des Guckelns wegen, mein' ich nur — denn der Guckelsteife bricht oftmals

den Hals am ersten; es ist mir selbst einmal passiert, in Bamberg am dem Tempel — ja lacht nur!

Netzt aber, liebe Leser, möge Ihr Euch selbst einbilden, was für Gemurmel, Stöhnen und Schreien unter der Menge aufstund, als der Seppel vortrat bei den Schranken und sich zu dem Weisheit aufschickte! Mehr denn zehn Stimmen mahnten eifrig ab, ernstliche Männer, mancher Komrad, zumel einige Frauen setzten sich darüber: allein der Jüngling, dem der Mut und die Begier wie Feuer aus den Augen witterte, sah sich ergrimmte und achtete gar nicht darauf. Gaucksturz sprang lustig herzu mit der Kreide, rief ihm die Sohlen tüchtig ein und wußt ihm die Weisheit reichen; doch wies der Guckel sie mit Kopf schütteln weg. Bereits aber wurden die Dienste des Narren an anderen Ende des Seils auch nötig. Denn zum größten Verwundern der Zuschauer trat dort auch eins aus den Reihen hervor: man wußte nicht, sei es ein Knabe oder eine Lärne. Es trug ein rosenrotes, weisheitsvolles Dams von Seiden zu bergleichen Lichtgarnen Beinkleidern samt Federhut und hatte eine kleine Larve vor.

Die Spielleute, Bläser und Pauker, die Gassen wegen ihres Amtes gar vergessend saßen, griffen an und machten einen Wack, nicht zu gemacht und nicht zu stül, nur eben recht. Da traten die beiden zugleich auf das Seil, das nicht zu stül anstieg, setzten die Füße fest und zierlich einen der beiden, vorsichtig, doch nicht zaghaft, die freien Arme jetzt weit ausgereckt, ließ schnelle wieder eingezogen, wie es eben dem Gleichgewicht dienete.

Kein Wort noch Obedienz ward unter den tausend und tausend Zuschauer gehört, ein jedes fürchtete wie für sein eigenes Leben; es war, als wenn jedermann wüßte, daß sich dies Paar jetzt das erste Mal auf solche Bahn vorwage.

Die junge Gräfin bedeckte vor Angst das Gesicht mit der Hand; den Grafen selber, ihren Vater, den edelsten Mann, litt es nicht mehr auf seinem Sitz; gar leise stand er auf. Auch die Musik ging stiller, wie auf Zehen, ihren Schritt, ja, wer nur acht darauf gegeben hätte, der Rathausbrunnen mit seinen vier Röhren hörte allemal zu rauschen und zu laufen auf, und der steinerne Ritter krümmte sich merklich. — Nur steht! nur steht! drei Schritt noch und — Suchte! scholl's himmelhoch! das erste Ziel war gewonnen! Sie saßen beiderseits zumal, jedes an seinem Ort, die Stangen an, verschaukelten, gelehnt an die Gabel.

Der unbekante Knabe wollte sich die Stirne wischen mit der Hand, unbedacht der Larve: da entfiel ihm dieselbe zu samt dem Hut und — ach! ein Graus für alle Guckelnde, Weibern und Buben, Gespielen, Bekannte, so Buben als Mädchen — die Brone ist's! Die Brone rüber, einer Witwe Tochter von hier! so ging's von Mund zu Mund. „Ist denn eine Menschenmännlein?“ rief eine Hühelmännlein.

Das Dronel, meiner nächsten Nachbarin Kind? Je! Gott sei Dank, bärig vor einer halben Stunde ist ihre Mutter heim — es ward ihr über schon über den vorigen Mähen — und jetzt das eigene Kind — der Schlag hält! Sie gerührt, wenn sie das hätte sehen sollen! — Schon erhoben sich wiederum Stimmen im Kreis, und noch lauter als vorher beim Seppel, mit Trohen, Hüten und Flehen an die Dame, nicht weiter zu gehen. Sie aber, ganz verwirrt, flammrot vor Scham, nicht wissend selbst, wie ihr geschied, wie sie's vermocht, stand da, wie am Branger, die Augen schwammen ihr, und ihre Arme zitterten. Ein Mann ließ fort, eine Leiter zu holen.

Derweil war aber schon der linke Bergmann an der anderen Seite zum Seppel auf das Seil gekommen — hatte ihm etwas ins Ohr geraunt, worauf der umgestalt den linken Schuh abzog und seiner Partnerin mitleidig die Worte zurief: „Komme, Brone, es hat keine Not! Trau auf mein Wort, daß Dir ein Herz und tu mit Deinem rechten Schuh, wie Du mich eben fährst mit meinem linken tun, und wirf ihn mir fed zu!“

Sie folgte dem Gebot, mit Lächeln halb und halb mit Weinen, warf — da floß der Schuh dem Brone wie von selber an seinen ausgestreckten Fuß. Nun warf er ebenfalls, und ihr geschah dasselbe.

Jetzt, Brone, mir entgegen! Es ist nur, bis ich Dich einmal beim kleinen Finger habe, und wenn Du mit der Patschboms einschlägig, dann soll es mir und Dir etwas Gutes bedeuten! Frisch dran, Ihr Spielteut, macht uns auf, und einen lustigen!

Das fehlte nicht. Die vier Füße begannen sich gleich nach dem Zeitmaß zu regen, nicht schrittweis wie zuvor und bedächtig, vielmehr im künftgerechten Tanz, als hätten sie von Klein auf mit dem Seil verkehrt, und schen ihr ganzes Tun nur wie ein stieliches Gewebe, das sie mit der Musik zu bringen hätten. Von nun an waren alle Wände sorglos und wohlgefallig auf das hübsche Paar gerichtet und gingen immer von einem zum andern. Der Mann auf dem Brunnen hatte Angst wieder den Atem gefunden, und das Wasser sprang aus den vier Röhren noch einmal so heftiger als sonst. Auf jedem Mädchenanblick, unten auf dem Platz und oben in den Fenstern, war aber recht der Widerspruch der Annuit zu erlitten, die man vor Augen hatte. Kein Kriegsmann war so ruhig und kein Grauhart von der Kaiserherrschaft so ernsthaft und gekrenzt, daß ihm das Herz dabei nicht lachte, und die Sandstiefel der Stadi waren stolz, daß einer von den Ihren vor all den fremden Gassen so herrlichen Ruhm davontrage.

Der Seppel sah im Tanz nicht mehr auf seinen schmalen, Pfad noch minder noch der Reuten hin: er schaute allein auf das Mädchen, welches in unverstellter Stillsamkeit nur je und je seine Augen aufhob.

(Schluß folgt.)

... nicht mehr, als sie System gegen System setzen und im Hochstufungsfähigen Gebanten eine neue Welt schaffen. Und nun ist auch für uns, für unsere Gesellschaft die Stunde gekommen, das Gebotnis zu erfüllen, wie sie ihren Trauen von Gerechtigkeit vertrittlichen will. Wir haben gesprochen unter unserer Verantwortung und auf unsere Gefahr. Sprechen Sie nun!

Der Eindruck von Jaurès' Rede, die auch rein als oratorische Leistung eine außerordentliche parlamentarische Begebenheit darstellte, war sehr bedeutend. Man nahm an, daß Clemenceau, der bei Jaurès' Antritten eine große Nervosität an den Tag gelegt hatte, sich erheben würde, um sich und die Bourgeoisdemokratie, deren glänzender Sprecher er ohne Zweifel ist, zu verteidigen. Vorläufig wich er indes dem mit großer Spannung erwarteten Duell aus.

Dafür war der Kammer eine andere „Sensation“ beschieden: Herr Victor, der Gelbe, hielt seine — wenn man das Wort bei diesem profinierten Mopsfächer anwenden darf — „Jungferrede“. Die Rechte belohnte sein mit zierlicher Mundfertigkeit und viel Freiheit vorgebrachtes Geschwätz mit demonstrativem Applaus, und die reaktionäre und gemäßigste Presse preist die Rede als Offenbarung von Weltweisheit. Victor rühmte sich seines Verdienstes, den Geldverächtern bei ihren Kämpfen in den Rinden gefallen zu sein und Arbeiter-Organisationen zur Verteidigung des Kapitalprofits ins Leben gerufen zu haben. Der Wackerer stellte sich als Wortführer einer „Partei“ vor, die — im Gegensatz zum Sozialismus — auf die Verallgemeinerung des Privatigentums hinstrebe.

Nicht der einfältige Inhalt der Rede, sondern der Widerwille gegen die unsaubere Persönlichkeit des Redners rief bei den Sozialisten stürmische Grundgebungen hervor. Aber auch bei den anständigen Leuten aller Parteien trat der Unwille über die unappetitliche Episode dieses ernst geberdenden Hanswurstes auf, die in die Diskussion der größten Frage der Menschheit einen lächerlichen und widerwärtigen Mißton gebracht hatte.

Politische Hebersticht.

Willkommene Russen.

Es muß immer wieder auf die aufreizende Tatsache hingewiesen werden, daß zu derselben Zeit, wo aus Berlin, Breslau und anderen preussischen Städten Russen zu hunderttausenden ausgewiesen werden, den mehrdeutschen Großindustriellen von der Regierung gestattet wird, ebenso viele Hunderte von russischen Arbeitern als Lohnbrüder nach Deutschland zu importieren. Wir haben früher schon berichtet, daß der durch seine Gewalttätigkeit a la Schamm berühmte Glaslönig Hey in Gerresheim bei Düsseldorf große Transporte russischer Arbeiter über die Grenze kommen ließ — sobald seine Arbeiter, nach der langen Ermattungsperiode, die auf den verloren gegangenen Streik von 1901 folgte, in den letzten Monaten wieder begonnen, sich um die Forderungen der Organisation zu scheren. Diese Russenimporte in das Königreich Preußen immer noch fort. Und wie leben diese Russen? In ganz dürftigen Einfamilienwohnungen bringt — den einfachsten Forderungen der Hygiene frech höhnspendend — der Multimillionär Hey häufig zwei bis vier Russenfamilien unter, und die Polizei denkt nicht daran, auch nur den leisesten Widerspruch gegen die Anordnungen des Allmächtigen zu wagen, der übrigens auch in anderer Beziehung als unumschränkter Gebieter in Gerresheim herrscht, es sich herausnehmen darf, sämtlichen Gastwirten des Ortes die Vergabe ihrer Räume zu Arbeiterwohnungen schändlich zu verweigern und ähnliche selbstherrliche Streiche zu verüben.

Auch in Saarbrücken und Oberkassel bei Düsseldorf sind jetzt zahlreiche Russen zu sehen. Es herrscht dort ein formidabler und die sonst so russenscheue Behörde hat sich nicht das mindeste dagegen einzubilden, daß russische Arbeiter als Streikbrecher eingestellt wurden. Ganz im Gegensatz zu der Behandlung „lästiger“, von der Polizei auf Schritt und Tritt belästigter Russen in Berlin werden diese Russen mit einem höchst fürsorglichen Polizeischutz umgeben; sie dürfen innerhalb der Fabriktabellensysteme wohnen, auf daß kein böser Streikender ihnen ein Haar krümme oder ihre schöne staatsbehaltende Einfachheit durch schlimme Aufklärung beeinträchtigt. Der Schutz der russischen Streikbrecher und die Aufgabe, durch — in Zivilkleidung erfolgende — Besuche der Streikenden in ihren Privatwohnungen, sie mit freundschaftlichen Reden zur Wiederhernahme der Arbeit zu bewegen, nimmt die Zeit und Kraft der Polizei derart in Anspruch, daß es ihr bis heute noch nicht gelungen ist, die Ruben ausfindig zu machen, die vor einiger Zeit einen Streikposten in der brutalsten Weise überfallen und schwer mißhandelt haben.

Wassermannsche Gestalten in Frankfurt a. O.

Als Wassermann, der Vater, im Jahr 1848 aus dem revolutionären Berlin, dem Stammlager der bürgerlichen Demokratie, in das frankfurter deutsche Parlament zurückgekehrt war, schilberte er dort die verdächtigen Gestalten, von denen er die preussische Hauptstadt erfüllt gefunden hatte, in den prächtigsten Farben seiner verunglückten Spießbürgerphantasie. Damals kam das Wort von den „Wassermannschen Gestalten“ auf, den Schreckbildern, vor denen sich die deutsche Bourgeoisie in den Sälen des Reichstages und seiner Abgeordneten versammelte. Jetzt wird auch Wassermann, der Sohn, von „Wassermannschen Gestalten“ verfolgt — in Frankfurt a. O. umkreist es von verdächtigen Erscheinungen, deren Ziel kein anderes sein sollte, als den Wahlkreis der Union in die Hände zu spielen. Der liberale Wahlverein hat nämlich jüngst in Frankfurt a. O. eine Versammlung abgehalten, in der der freizügige Abgeordnete von Gerlach und der Berliner sozialliberale Schriftsteller Reichsheim die parlamentarische Tätigkeit Wassermanns auf die Spitze ihres „liberalen“ Zubehörs zu prüfen unternahmen. Daran, daß die sozialdemokratische „Mitt. Volksstimme“ schon einige Tage früher als andere Blätter die bevorstehende Versammlung angekündigt, sieht das verdächtige Gemüt der „Nationalzeitung“ weitergehende Schlüsse. Schließlich aber nimmt sie doch ihren ganzen Mut zusammen und schmettert dieses trübselige Besondere als liberaler Streich in die Welt hinaus.

Dieser Propaganda einiger Berliner sozialistischer Agitatoren... darf man mit ruhigem Mute entgegensehen, wenn nur die Ausprägung des frankfurter Wahlkreises in so anerkennenswerter Weise ihrer gesamtdeutschen Solidaritätspflicht

gegen die Sozialdemokratie bewahrt bleiben, wie sie es bei der ersten Wahl des Abgeordneten Wassermann durch die Tat bewiesen haben.

Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, und gegen Liberale helfen Herrn Wassermann nur Konserbative. Vor den Angriffen der Wassermannschen Gestalten vom linken Flügel des Reichstages flüchtete Wassermann, der Sohn, in die schützenden Arme der ostelbischen Junker. Art läßt nicht von Art.

Leichenreden sind ein Luxus. Anfang dieses Jahres berichtete unser Völkischer Parteilorgan, die „Düsseldorfer“, aus dem Völkischen Gebiete, daß ein mittelloses verstorbenen Regler ohne Begleitung des Pastors habe beerdigt werden müssen, weil der Pastor Meier aus Stapelage eine unentgeltliche Leichenpredigt abgelehnt habe. Diese Angelegenheit ist in der Landeskonferenz von Völkisch zur Sprache gekommen. Pastor Meier gab zu, es abgelehnt zu haben, die Leichenrede umsonst zu halten. Nach dem Bericht der „Völk. Landeszeitung“ führte der Herr Pastor folgendes aus:

„Ich bin stets bereit gewesen, die Gebühren bei Armen zu erlassen, zum Beispiel bei armen Konstanten; aber wenn jemand eine öffentliche Leichenrede halten will, so ist das nach meiner Ansicht ein Luxus, und wenn er sich den Luxus gestattet, dann muß er ihn auch bezahlen. Ich habe nicht allein das mit meiner Ansicht, auch Herr Superintendent Mode vertritt diesen Standpunkt. Mehrere habe ich dem fürstlichen Konsistorium auf Aufforderung einen Bericht erstattet, und ich hätte sicher eine Abgabe erhalten, aber es ist mir nichts weiter mitgeteilt worden. Der Verstorbene war, soviel ich weiß, Mitglied des Schützenvereins. Wenn er das bezahlen kann, dann wird er auch eine Leichenrede bezahlen können. Ich lehnte es also ab... Es ist wirklich keine Verleumdung, oder es liegt auch kein Schimpf darin, wenn eine Leichenrede nicht gehalten ist. Das fällt sehr oft vor. Ich habe nachher gehört, daß der verstorbene Sohn dieser Familie mit solchem Luxus seine Hochzeit gefeiert hätte, daß die Leute sich darüber aufhielten. Auf die Gebühren kam es wirklich nicht an. Aber in dieser Beziehung habe ich mein Prinzip nicht aufgeben wollen, und davon welche ich nicht ab.“

Es ist jedenfalls ein unbezahlbares Eingeständnis, daß öffentliche Leichenreden Luxus sind. Alle die frommen Leute, welche da immer annehmen, daß es ein recht unreligiöses und unchristliches Verfahren sei, wenn z. B. ein Sozialdemokrat darauf verzichtet, den Pastor an der Beerdigung teilnehmen zu lassen, und die darüber die Nase rümpfen, können sich also beruhigen: „Öffentliche Leichenreden“ sind Luxus. Und das fürstl. Konsistorium und auch die Landeskonferenz scheint sich der Auffassung des Herrn Pastor Meier angeschlossen zu haben. Erwähnen hätte der Herr Pastor die Tatsache sollen, daß ein anderer Sohn an Fallsucht leidet und daß die Frau des alten Zieglers zwei Jahre lang gelähmt war, und zwar so, daß sie keinen Arm rühren konnte. Es dürfte klar sein, daß es unter solchen Umständen schwer hielt, sich den „Luxus“ einer bezahlten Leichenrede zu erlauben. Und da allem Anschein nach für beratige Fälle das Wort: „Wer einen Rade hat, gebe dem, der keinen hat“, nicht Anwendung finden darf, so war es doch ganz selbstverständlich — auch ein Pastor hat seine Prinzipien und Grundsätze —, daß der Diener des Jesuiten, der nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte, es ablehnte, eine unbezahlte Leichenrede zu halten.

Jesko und sein Ende. Ueber den Bericht, den der Personalreferent der Kolonialabteilung, Geheimrat Rose, über den Fall Puttkamer an den Reichsfiskus erstattet hat, teilt die jetzt wieder in „Freisinnige Zeitung“ umgetaufte „Freie Deutsche Presse“ folgendes mit:

Geheimrat Rose hat in dem Bericht an den Reichsfiskus, der aus Verheimlichung unterstellt angelegt hatte, wie es mit dieser Sache steht, das folgende ausgeführt: Es sei bisher nicht nachgewiesen, daß Herr v. Puttkamer den Fiskus absichtlich unrichtig ausgestellt habe; aus der Untersuchung gehe die Gutgläubigkeit hervor. (1) Gegen Herrn von Puttkamer dürfte ein Disziplinarverfahren nicht einzuleiten sein, da es nicht im öffentlichen Interesse liege, daß Herr von Puttkamer selbst nicht für erwünscht hält. Inwiefern müsse seine Hinwendung unterbleiben, da er anscheinend die öffentlichen Angelegenheiten zu sehr begünstigt habe. Schließlich wird in dem Bericht mitgeteilt, es sei Herr v. Puttkamer nachgelegt worden, kein Einlassungsgehalt einzurufen. Dieses Gesuch sei eingegangen und es solle ihm entsprochen werden unter Zustimmung der Pension.

Das ist reizend: die Sühnung der Puttkamerschen Verbrechen unterbleibt, da sie „nicht im öffentlichen Interesse“ liegt und — weil Herr Puttkamer sie selbst „nicht für erwünscht“ hält! Wie wir erfahren, wird die preussische Justizverwaltung demnach auch den Raubmörder Hennig freilassen, da er seine weitere Internierung und seine Hinrichtung begreiflicherweise auch „nicht für erwünscht“ hält.

Ueber die Ausführungsbestimmungen zur Fahrkartensteuer wird unter anderen folgendes bekannt: Für Kinderkarten ist die Hälfte der für den vollen Fahrpreis festgesetzten Stempelabgabe, jedoch mindestens der Betrag von 5 Pf. zu entrichten. Bei Sonderfahrten usw., für deren Benutzung keine Fahrkarten ausgegeben werden, sondern der Preis in anderer Weise berechnet wird, ist ein Stempel in Höhe von 10 Pf. zu entrichten. Soweit kein Übergang in eine höhere Wagenklasse stattfindet, ist der Stempelbetrag für den Stempel zu entrichten. Bei der Benutzung von Sonderfahrten, die in Bezug auf Abgabe, Entwertung und Verrechnung wie gewöhnliche Fahrkarten zu behandeln sind, sind von den Reisenden als Legitimation während der Fahrt aufzubewahren sind. Für Sonderfahrten, die in der Weise der gewöhnlichen Fahrkarten zu behandeln sind, ist der Stempelbetrag nach dem Satz der höchsten Klasse zu berechnen. Wer seine Fahrkarte nicht voll entrichtet, insbesondere eine Rückfahrkarte nicht zur Rückfahrt benutzt, hat auch dann, wenn Anspruch auf irgendwelche Vergütung des gezahlten Steuerbetrages. Dieser wird erhoben für die Ausfertigung der Fahrkarte, das heißt der Urkunde, in der sich die Entwertung der Fahrkarte nach der Beförderung einer Person gegen Zahlung eines bestimmten Betrages verzeichnet, und es ist gleichgültig, ob dieser Betrag etwa späterhin eine Abänderung erfährt. Nur dann, wenn eine Fahrkarte, die noch nicht benutzt ist oder nachweislich nur zum Betreten des Bahnsteigs benutzt wurde, zurückgegeben wird, soll auch der volle Steuerbetrag erstattet werden, da in diesem Falle die Ausfertigung der Urkunde als rückgängig gemacht gilt.

Wassermann dementiert sich. Der nationalliberale Abg. Wassermann, der in den ihm nahestehenden Blättern eine Erklärung, in der er sich im Tone heftiger Reue gegen „Freisinnige“ und „sozialdemokratische Organe“, nach deren Behauptung er in Kiel gefaßt haben sollte, die Kolonien seien eine Ablagerungsstätte für verachtete abeliche Kräfte, in Wirklichkeit habe er gesagt, man müsse die besten Kräfte, die Deutschland unter seinen Beamten habe, hinauscheiden, um den Verdrängungen der Kolonialgegner den Boden zu entziehen, als ob die Kolonien eine Ablagerungsstätte für verachtete abeliche Kräfte wären. Herr Wassermann scheint nicht zu wissen, daß sich die Behauptungen der sozialdemokratischen Presse auf den Wortlaut des offiziellen Berichts stützen, den die „Nationalzeitung“ über den Kieler liberalen Parteitag veröffentlicht hat. Es ist zudem sehr merkwürdig, daß Herr Wassermann jetzt behauptet etwas gesagt zu haben, was ein vollständiger Unsinn ist; denn das Reich kann in seine besten Beamten nicht nach den Kolonien „hinausscheiden“, sondern hat nur die Auswahl unter jenen, die sich zum Dienste in den Kolonien freiwillig melden. Auch unterläßt er es aufzuklären, wie es mit den diplomatischen Verhandlungen sei, die immer den ihrem Zweck entgegengegesetzten Erfolg hätten, mit der innerlichen und bureaukratischen Ueberhebung, die Sozialdemokraten züchte, mit der Verwundung des Abels in der Armee — lauter Dingen, die Herr Wassermann nach dem offiziellen Bericht seines Parteitagungs behauptet haben soll! Sind das lauter Mißverständnisse? Herr Wassermann scheint sich neuerdings einer neuen Kunst der politischen Rede zu bedienen, die darin besteht, daß man rabuläre Kraftbrosamen hinausmetzelt und einige unter den Tisch fallende Redensarten dazwischen wirft, die das Gegenteil von jenen bezeugen. Für das Volk die ständigen Hauptkräfte, für die Regierung geliebte Varenthosen — das ließe allerdings das System der Drehscheibe auf den Gipfel der Verwundung bringen. Einstweilen, so lange die Sache nicht aufgeklärt ist, bleibt nichts anderes übrig, als davon Akt zu nehmen, daß Herr Wassermann, der Behauptung, er hätte einmal die Wahrheit gesagt, mit Entstellung widerpricht.

Das Publikum muß hinten, 142 deutsche Zigarettenfabriken schlossen in einer in Dresden tagenden Versammlung eine Konvention zur Abwälzung der Zigarettensteuer auf die Raucher. Nur sechs Firmen schlossen sich an.

Eine Pflücker-Versammlung, die für Mittwoch, den 1. d. M. einberufen war, versiel dem gewöhnlichen Schicksal der Auflösung.

Agaritisches Dödsche. Ein klägliches Ende haben bekanntlich einige der vom Staat subventionierten Kornhandelsvereine genommen. Jetzt sollen die als fiskalisches Böden stehenden, aus Holz erbauten und mit Schieferbedeckung versehenen acht Kornsilos in Halle a. S., die einst die Kornhandelsvereine gepachtet hatten, auf Abbruch mit Ueberlassung aller Abbruchmaterialien öffentlich verkauft werden. In diesem Zweck stand am Sonnabend im Bureau der Hal. Eisenbahn-Betriebsinspektion 2 in Halle a. S. Termin an. Es waren eine ganze Anzahl Offerten eingegangen, die sich zwischen 1500 Mk. Forderung und 1800 Mk. Zahlung bewegten. Der Grund dieser Gebote liegt darin, daß der zu gewinnende Schiefer, weil in zu kleinen Stücken angebracht, nicht mehr zu verwerten ist. Das Holz ist stark zernagelt und daher nur noch als Brennholz zu verwenden. Die Erteilung des Zuschlages blieb bedingungsgemäß vorbehalten.

Ausland.

Die Volksbeträger in Ungarn.

Als die „Magyar“ Regierung Jekovits zur Zeit der Parlament des Budget vorlegte, hat die damals mächtige Koalitionsopposition das ganze Kabinett mit den unversöhnlichsten Schmähreden überhäuft. Inzwischen haben sich jedoch die Zeiten geändert: Die Koalitionsführer bilden die heutige Regierung, und die mächtige Koalitionsopposition wurde zur Regierungspartei. Man hätte demnach unbedingt erwarten müssen, daß diese Koalitionspartei ihren Traditionen treu bleiben und heute, wo es ihr obliegt, das Interesse des Landes zu wahren, ihre Versprechungen ohne weiteres erfüllen wird. Doch welche Enttäuschung! Die „nationale Regierung“ Welles hat für das Jahr 1906 das selbe Budget vorgelegt, das beim Kabinett Jekovits belächelt wurde! Kein einziger Koalitionsmandat hat sich bislang gefunden, der dagegen auch nur die leiseste Erwähnung gemacht hätte.

Die Staatsverwaltung fordert kein geringeres Opfer, als 1900 Millionen. Diesen horrenden Betrag wird wieder nur das ausgebeutete Volk erschwigen müssen, das selbe Volk, welches bereits am Vorkriegspost ist, jedoch jährlich mehrere Hunderttausende das Land zu verlassen gezwungen sind, damit den Zurückgebliebenen das Fortkommen erleichtert werde.

Demgegenüber sehe man sich nur die Personalausgaben an! Allein an Pensionierungsgeldern sollen 234 Millionen gezahlt werden — ein Mehrbetrag von 1,800,000 Kronen gegen das Jahr 1904. Noch tüchtige Beamte wurden gezwungen, den Abschied zu nehmen, weil die „nationale“ Regierung so manchen Koalitionsmandat für seine Forderungen oder sonstigen Dienste hoch honorieren mußte!

Zur Deckung der gemeinsamen Ausgaben und für die Armee werden rund 160 Millionen benötigt: hingegen für das Budget des Kultusministeriums bloß 45 Millionen gefordert.

Für die Verneuerung der Eisenbahnen und Polizei bedarf man 18,800,000! Für das Sanitätswesen bloß 5 Millionen! Zur Unterhaltung verschiedener Anstalten werden 5 Millionen veranschlagt, hingegen für Arbeiter-Institutionen, deren Inspektoren stets versprochen wird — kein einziger Heller!

Es wird mit den Millionen nur so herumgeworfen, ohne daß man zu der Ueberzeugung gelangen kann, daß man es mit einer „neuen Epoche“ zu tun hätte. Im Gegenteil: Die „nationale Regierung“ fordert noch mehr Opfer, als die bisherigen Regierungen.

Als sie noch auf den Oppositionsständen saß, hat die heutige Regierungspartei ganz andere Versprechungen gemacht. Sie versprach die Einführung der Progressivsteuer, allgemeinen Wohlstand und Vernichtung der Korruption!

Im Versprechen war die mächtige Koalitionspartei wahrlich groß. Daß die „große Regierung“ aber es noch immer mag, von „nationaler Demokratie“ zu sprechen, das ist geradezu unheimlich, da doch ihr bisheriges Verhalten vielmehr als „nationaler Schwindel“ gebrandmarkt werden muß.

Das Kesseltreiben gegen den ungarischen Volksarbeiterverband wird fortgesetzt. Nur scheint man die Taktik geändert zu haben. Die Budapestener Zentrale und damit den ganzen Verband mit einem Federstich aufzulösen, mag man nicht, der Wahlkampf scheint vielmehr zu sein, die Verfolgung und Vernichtung einzelner Ortsgruppen und deren Führer. Man will die Volksarbeiter dadurch zur Verzweiflung treiben, in den Streik will man sie zwingen, um dann Blutbäder unter ihnen anrichten zu können. Alle Nachrichten, die aus dem Lande einlaufen, deuten darauf hin, daß die Einzelkämpfer auf höheren Befehl handeln und systematisch gegen den Verband vorgehen. Bis jetzt sind schon 8 Ortsgruppen des Volksarbeiterverbandes aufgelöst und ihre Leiter verhaftet worden. Die halbamtlich mitgeteilt wird, sind bereits 30,000 russische und ukrainische Arbeiter angeworben worden, um von Staatswegen auf die von Lohnforderungen bedrohten Großkulten in Ungarn transportiert zu werden. Trotz all diesen Schlägen wird es aber nicht gelingen, die Bewegung der Volksarbeiter gänzlich zu vernichten. Selbst wenn die Organisation, die heute nahezu 160 Ortsgruppen und mehr denn 20,000 Mitglieder zählt, aufgelöst würde, blühte das erwachende Streben des ungarischen Landproletariats nach besseren Lebensbedingungen nicht mehr unterdrückt werden.

Wieder eine Anklage eines Revolutionärs der... antwort. Das schweizerische Bundesgericht wird demnach über den Anklagegegenstand betreffend den Russen Belengoff zu entscheiden haben. Belengoff ist an dem Ueberfall auf die Mosk-

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Radlof. — Redaktion und
Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schönl
— Druck von Th. Schacht & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Giergen & Co. Hagen

Vom Glend der Kartonnagenarbeiter.

Von einigen Tagen fand in Simbach in Sachsen eine Kartonnagenarbeiter-Konferenz statt, die für weite Kreise von Interesse sein dürfte. Diese schließliche Konferenz ist nämlich der Vorläufer einer allgemeinen deutschen Kartonnagenarbeiter-Konferenz, die spätestens im nächsten Frühjahr abgehalten werden soll.

Ueber die Verhältnisse, unter denen die Angehörigen der Kartonnagenbranche zu arbeiten gezwungen sind, gaben zwei Referate Auskunft, die zur Grundfrage hatten, die statistischen Daten, in denen sich 315 Betriebe mit 4907 Beschäftigten befinden. Nach Willkür der Unternehmer, die zum kleinsten Teile in großen Fabriken Hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen ausbeuten, zum allergrößten Teile aber in Zweigbetrieben die Beschäftigten, Männer, Frauen, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, selbst Kinder schuften lassen, werden jämmerliche Löhne bezahlt, die Arbeitszeit über Gebühr und in ungezügelter Weise ausgedehnt. Für männliche Arbeiter swanken die Wochenlöhne von 4 Mark (1) bis 33 Mark (ganz verzweifelt), für weibliche Arbeiter von 2 Mark (1) bis 20 M. (höchst selten). In einer Reihe von Städten steht in der Branche die Kinderarbeit in einem sehr hohen Maße. Trotz Polizei und Gewerbeinspektion in hoher Zahl. Stunden pro Tag, während der Ferien bis zu 13 Stunden täglich, werden Kinder ausgebeutet. Die Arbeitszeit für Erwachsene schwankt zwischen 8½ bis 12 Stunden täglich. Zum Teil ist bei schlechter Entlohnung Ueberstunden- und Sonntagsarbeit im Schwange und die für die jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts bestehenden Schutzbestimmungen werden von schamlosen Unternehmern nicht beachtet; selbst Fälle wurden angeführt, wo auch trotz erfolgter Bestrafung die Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen weiter betrieben wurde. Bezüglich der Reinlichkeit und der Ventilation bestehen unter grauenhaften Verhältnissen. Keine Spur von Schmutz, oder auch nur Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter ist mitunter wahrzunehmen.

Um die wirtschaftliche Lage der Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen zu heben und die größten Missethäter zu bestrafen, bezeichnete die Konferenz als erstrebenswertes Ziel zunächst:

1. Eine den gesteigerten Lebensmittelpreisen und der Arbeitsleistung entsprechende Erhöhung der Löhne.
 2. Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 9 Stunden.
 3. Beachtung der Arbeiterschutzgesetze und Einrichtung besserer familiärer Verhältnisse.
- In gesetzlichen Maßnahmen forderte die Konferenz:
- a) Verbot der Heimarbeit, b) Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, c) Einführung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden für Arbeiterinnen.
4. Die Errichtung einer provisorischen Zentralkasse, der die Aufnahme einer das deutsche Reich umfassenden Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kartonnagenbranche, sowie die Sammlung von allem zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage geeigneten Materials zu übertragen ist, um damit die nötigen Unterlagen für eine allgemeine Kartonnagenarbeiterkonferenz zu schaffen.

Bezüglich der Lohnbewegungen wird in einer angenommenen Resolution gesagt, daß zunächst die dringlichen Verhältnisse durch statistische Erhebungen untersucht und bei Einreichung der Forderungen nach gegenseitiger Stärkung der Organisation — gegenseitige Verständigung mit den Unternehmer-Organisationen behufs Schaffung tariflicher Verhältnisse versucht werden soll.

Durch angenommene Mündige sprach sich die Konferenz für die Einführung von Staffelleistungen im Deutschen Buchbinderhandwerk aus, um auch den schlecht-entlohnenden Berufsangehörigen den Eintritt zu ermöglichen, ferner sprach sie sich aus gegen die Verhöhnungszüchterei und für die Schaffung von Lohnauschüssen.

15. General-Versammlung des Verbandes der Brauereiarbeiter.

in Berlin, den 17. Juni 1906.

In der heutigen Schlusssitzung steht nur noch der Punkt „Streikfähigkeit“ zur Erörterung. Das Referat hat vorher, es führt aus, daß schon 1892 in Braunschweig beschlossen sei, alle Arbeiter in den Brauereien in einem Verbande zu vereinigen. Auch schon der erste Gewerkschafts-Kongress habe sich mit der Einrichtung von Industriellen-Verbänden befaßt. Als dann 1897 der Handels- und Transportarbeiter-Verband gegründet sei, habe dieser die Brauerei- und Glasarbeiter für sich beansprucht, und so der Agitation und Organisation der Brauereiarbeiter Schwierigkeiten bereitet, so daß schon 1900 eine Konferenz sich mit den hieraus entstehenden Streitigkeiten befaßt habe. Die Streitigkeiten seien indes geblieben, da der Handels- und Transportarbeiter-Verband seine Forderungen nicht aufgegeben habe. Am 25. Januar 1904 habe dann weiter eine Konferenz unter Hinzuziehung der General-Kommission nach langen Auseinandersetzungen eine Resolution angenommen, in der festgelegt sei, daß die Brauereiarbeiter in den Brauereiarbeiter-Verband gehören und daß der Handels- und Transportarbeiter-Verband seine Agitation unter dieser Kategorie von Brauereiarbeitern einstellen habe. Da bezüglich der Referate keine Einigung zu erzielen gewesen, so sei den beiden in Betracht kommenden Organisationen empfohlen, in liberaler Weise nebeneinander zu arbeiten. Redner legt nun eintrachtend auseinander, daß der Handels- und Transportarbeiter-Verband sich um diese Resolution in der Praxis nicht kümmere, und führt eine größere Anzahl von Beispielen an, in denen sich nur die alte Forderung des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes beharrlich, sondern geradezu herausfordernd gegen den Brauereiarbeiter-Verband agitiert sei. Mit den Mitgliedern in den Brauereien sei ein stiller Vertrag abzuschließen und das Gegenüberverhältnis werde in liberaler Weise gehandhabt. Die Brauereiarbeiter und die anderen Arbeiter zum größten Teile auf dem Standpunkte, daß ihre Interessen der Organisation der Brauereiarbeiter und Brauereiarbeiter zugeteilt werden. Da diese Kategorie der Brauereiarbeiter aber wenig in Betracht komme, so lasse man sie gesondert, obwohl jede Beschäftigung der Arbeiter schädlich für die Gesamtbewegung sei. Eine größere Anzahl Delegierter äußert weiteres Widerspruchswort und fordert ein Eingreifen der General-Kommission. Redner stellt aus dem „Kongress“ in einer guten Anzahl von Artikeln oder Verträgen fest, daß der Handels- und Transportarbeiter-Verband sich für den Zusammenschluß zu großen Industriellen-Verbänden einsetzt. Da die Vertreter der General-Kommission beabsichtigt haben, in ähnlichen Ausführungen über den Gesamtstand und auch die Stellung der General-Kommission zu referieren. Am Schluß des Referates wird eine Resolution angenommen, die eine größere Anzahl von Beispielen anführt, in denen sich nur die alte Forderung des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes beharrlich, sondern geradezu herausfordernd gegen den Brauereiarbeiter-Verband agitiert sei. Mit den Mitgliedern in den Brauereien sei ein stiller Vertrag abzuschließen und das Gegenüberverhältnis werde in liberaler Weise gehandhabt. Die Brauereiarbeiter und die anderen Arbeiter zum größten Teile auf dem Standpunkte, daß ihre Interessen der Organisation der Brauereiarbeiter und Brauereiarbeiter zugeteilt werden. Da diese Kategorie der Brauereiarbeiter aber wenig in Betracht komme, so lasse man sie gesondert, obwohl jede Beschäftigung der Arbeiter schädlich für die Gesamtbewegung sei. Eine größere Anzahl Delegierter äußert weiteres Widerspruchswort und fordert ein Eingreifen der General-Kommission. Redner stellt aus dem „Kongress“ in einer guten Anzahl von Artikeln oder Verträgen fest, daß der Handels- und Transportarbeiter-Verband sich für den Zusammenschluß zu großen Industriellen-Verbänden einsetzt.

Die Vertreter der General-Kommission beabsichtigen, in ähnlichen Ausführungen über den Gesamtstand und auch die Stellung der General-Kommission zu referieren. Am Schluß des Referates wird eine Resolution angenommen, die eine größere Anzahl von Beispielen anführt, in denen sich nur die alte Forderung des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes beharrlich, sondern geradezu herausfordernd gegen den Brauereiarbeiter-Verband agitiert sei. Mit den Mitgliedern in den Brauereien sei ein stiller Vertrag abzuschließen und das Gegenüberverhältnis werde in liberaler Weise gehandhabt. Die Brauereiarbeiter und die anderen Arbeiter zum größten Teile auf dem Standpunkte, daß ihre Interessen der Organisation der Brauereiarbeiter und Brauereiarbeiter zugeteilt werden. Da diese Kategorie der Brauereiarbeiter aber wenig in Betracht komme, so lasse man sie gesondert, obwohl jede Beschäftigung der Arbeiter schädlich für die Gesamtbewegung sei. Eine größere Anzahl Delegierter äußert weiteres Widerspruchswort und fordert ein Eingreifen der General-Kommission. Redner stellt aus dem „Kongress“ in einer guten Anzahl von Artikeln oder Verträgen fest, daß der Handels- und Transportarbeiter-Verband sich für den Zusammenschluß zu großen Industriellen-Verbänden einsetzt.

Der 15. Verhandlung protokolliert gegen die Auslegung der Resolution der Konferenz der Brauereiarbeiter vom 25. Januar 1904, welche den Verband der Handels- und Transportarbeiter, wonach die Verhältnisse der Brauereiarbeiter Organisation zugewiesen sein sollten. Der 15. Verhandlung befaßt sich mit der von den Brauereiarbeiter-Verband als die Organisation aller im Brauereiarbeiter-Verband, als welche der Verband aufbauen und von der General-Kommission anerkannt ist. Zum mindesten erwartet der Verhandlung, daß der Handels- und Transportarbeiter-Verband dem Brauereiarbeiter-Verband vom 25. Januar 1904 Rechnung legt.

Der Delegiertenrat fordert die Anwesenheit auf, die Verhältnisse und Stellen auf die Schädlichkeit der Verhältnisse, welche die Brauereiarbeiter Organisation zugewiesen sein sollten, und mit der General-Kommission in letzter Stelle nach der die Agitation unter dieser Kategorie von Arbeitern zu betreiben.

Partei-Angelegenheiten.

Der Bürgermeister als Beamtenszene. Das Schöffengericht in Neß (Rheinland) hatte den Genossen Rink und Heerdt wegen Verleumdung Arbeiterswilliger zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, wogegen sowohl der Staatsanwalt als der Angeklagte Berufung angemeldet hatten. Die Strafkammer in Düsseldorf mußte sich infolgedessen mit der Sache befassen. Der Bürgermeister von Heerdt wurde über den Rat und Rink verurteilt. Er hatte nichts gegen den Angeklagten, nur sei er ein „Decker“. Nachdem er wegen „Decker“ aus der Fabrik entlassen worden war, handelte er mit sozialdemokratischen Büchern und Bildern, nur um agitierten zu können. Der Vorsitzende und der Staatsanwalt wollten nun gerne wissen, warum Rink nicht Heerdt verfolge, da er doch keine Arbeit mehr habe. Die Herren erhielten die treffende Antwort vom Angeklagten, er könne Wohnsitz nehmen, wo es ihm beliebt. Der Staatsanwalt führte in seiner Rede aus, der Angeklagte treibe ein verwerfliches Geschäft, das Handwerk, die Arbeitswilligen müßten unter allen Umständen geschützt werden, eine exemplarische Strafe sei für Rink am Platze, er beantrage drei Monate Gefängnis. Das Gericht verwarf die Berufung und beließ es bei der alten Strafe. Rink wird Revision gegen das Urteil anmelden.

Arbeiterbewegung.

Ein schöner Erfolg der Hamburger Maurer. Die Baugewerksinnungen von Hamburg-Altena beschlossen vom 25. Juni ab die Erhöhung des Stundenlohns für Maurer und Zimmerer auf 80 Pf.

Der Streik der Alenpauer in Hamburg hat sofort eine große Anzahl Verurteilungen der Arbeiterbewegungen gebracht. Wie eine Privatbeichte meldet, arbeiten in den neuen Baumgängen 634 Mann, während 641 Arbeiter sich im Ausland befinden.

Neuer neuer Lohnverträge. Die Hamburger Baugewerksinnungen und Arbeitervereine haben die Schließung des Gesamtvertrages und die Entlassung sämtlicher rund 1000 Arbeiter.

Metallarbeiterausperrung in Ober-Schönweide bei Berlin. Das gesamte Personal der Hüttenwerke in Ober-Schönweide in einer Anzahl von etwa 1000 ist ausgespart worden. Den Anlaß zu dieser Ausperrung ergaben Differenzen, die zwischen den Arbeitern der Hüttenwerke (etwa 40 Mann) und der Hüttenwerke ausstehen waren. Am 1. Juni haben sich 800 Arbeiter in der Hüttenwerke und der Hüttenwerke zu Differenzen, die jedoch durch die Hüttenwerke der Firma beilegt wurden. Jeder wurden diese Abmachungen festsitzend der Firma nicht eingehalten und waren die Arbeiter der Hüttenwerke gezwungen, in den Streik zu treten. Daraufhin wurde den Arbeitern des Werkes bekanntgegeben, daß alle Arbeiter ausgespart seien. Von der Ausperrung nicht betroffen werden sollten die Arbeiter, denen durch ihre Weiterarbeit ausgespart sei. Eine Veranlassung der Hüttenwerke besteht, daß von den ausgesparten Arbeitern, von denen in der Hüttenwerke 100 ausgespart sind, gleichfalls niemand weiter arbeiten sollte.

Ein außerordentlich schwerer Kampf haben die Arbeiter und Arbeiter in Königsberg durchgemacht. Am 1. April wurden sie von den Hüttenwerken ausgespart und heute ist noch nicht abzusehen, wann der Kampf beendet sein wird. Die Arbeiter der Hüttenwerke sind nicht mehr und nicht weniger als den Eintritt in die von ihnen gegründete „Arbeiter“ Streikbrecherorganisation. Bei diesem „Verband“ nicht angetreten, erhält keine Arbeit. Es gelang den Hüttenwerken über 200 Arbeiterkräfte abzuschreiben. Jetzt versuchen die Unternehmer, diese Leute bloß zu machen, um sie als Arbeitswillige zu gewinnen. Es soll nämlich ein Unternehmerverbot erlassen werden, um die Hüttenwerke zu veranlassen und wenn möglich durch eine Konventionalkasse zu verpflichten, keine Lohnbewegung mehr zu beschließen.

Ein fast vollständiger Streik haben die Arbeiter und Arbeiter in Königsberg nach mehrwöchiger Streik erreicht. Die Arbeiter wurden nach langem Streiken endlich zum Nachgeben gezwungen und haben die Hüttenwerke der Arbeiter bewilligt. Die Hüttenwerke werden in der Hüttenwerke darin, daß die Arbeiter von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt und ein Minimallohn von 3,70 M. pro Tag festgelegt wird. Die Arbeiter, die bisher schon über den Minimallohn entlohnt wurden, erhalten einen Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde.

Der Hüttenkampf in Hütten. In Dortmund geht der Kampf weiter. Wir haben täglich über die mehrwöchige Zeit der Verhandlung der Hüttenwerke im hiesigen Stadtparlament, namentlich über das Aufheben der Hüttenwerke, Kaufung und Verkauf einzeln und des christlichen Arbeitervereins, Hüttenwerke andererseits berichtet. Die christlichen Arbeiter verbreiten nun ein Flugblatt, in dem sie den Widerstand gegen die Hüttenwerke

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Unsere neue Sonne. Am 21. Februar 1901 wurde von Dr. Anderson in Edinburgh und gleichzeitig von einem Studenten der Astronomie in Heidelberg im Verlaufe einer neuen Sternentdeckung, der den Namen „Nova Persei“ erhielt. Der Leiter der Hüttenwerke-Sternwarte in London, Norman Lockyer, hat nun diesen Stern fortwährend beobachtet und ist dabei zu dem Schluß gekommen, daß der neue Perseusstern sich mit einer Geschwindigkeit von 120 Kilometer in der Sekunde sich auf unsere Erde zu bewegt, das heißt auf unser Sonnensystem. Wird er davor halt machen? Nach seiner Ansicht nicht. Seine Bahn führt in diesem Perseusstern unsere neue Sonne, die bereits berufen sein wird, an Stelle der alten erhaltenden, unseren Erdball zu beleuchten. Denn bekanntlich wird die Sonne, die beständig Licht und Wärme ausstrahlt, nach Berechnungen des verstorbenen Astronomen von Helmholtz in 17 Millionen Jahren ihre sämtliche Wärme verloren haben; aber schon nach fünf Millionen Jahren wird sie so kalt und wenig leuchtend geworden sein, daß alles organische Leben auf der Erde aufhören muß. Nun wird der neue Perseusstern in etwa vier Millionen Jahren in unsere nächste Nähe gerückt sein. Ein direkter Zusammenstoß zwischen ihm und der Sonne ist ausgeschlossen, deswegen, weil das mächtigere Gestirn, welches in diesem Falle der neue Perseusstern ist, das kleinere, in diesem Fall die Sonne, in seinem Bahnkreis zwingen und von ihm in elliptischer Bahn umkreist werden wird. Nach der genannten Astronomen Berechnung übertrifft der neue Perseusstern unsere Sonne an Größe und Glanz etwa vierzigmal. Zwar verliert auch er in vier und einhalb bis fünf Millionen Jahren erheblich an Wärme und Glanz; wenn er aber dann die Sonne als einen Planeten und in ihrem Gefolge die Erde um sich herum zwingt, so hat er noch genügend Licht und Wärme beibehalten, um das organische Leben auf der Erde um eine neue Reihe von Millionen Jahren zu garantieren. Es scheint daher, als ob in der Natur eine so unbegrenzte Erneuerungsmöglichkeit für Leben und Fortschritt gegeben ist, daß die Menschen auch für ihre Nachkommen nach fünf Millionen Jahren keine Sorge sich zu machen brauchen.

Aus aller Welt.

Ueber die Angelegenheiten bei den juristischen Prüfungen in Bayern wird aus München mitgeteilt, daß die Prüfungsarbeiten, die der eine Kandidat sich von dem Drucker, der die Aufgaben zu vervielfältigen hatte, geben ließ, lauteten: „Wahlobligation“ und „Erpessung und Urkundenfälschung“. Der Kandidat teilte sie

mehreren Pächtern mit, und die Aufgaben wurden dann glänzend gelöst. Nachher wurde festgestellt, daß auch das Aufnahmegerät, das dann im letzten Augenblicke die Fortsetzung der Bildung drohlich einstellte. Der hauptsächliche Schuldige und der Drucker sind ermittelt worden. Die betreffenden Kandidaten sind als durchgefallen zu betrachten; für die Mitbeteiligten an der Angelegenheit ist die Möglichkeit, daß sie ihre ganze Prüfung noch einmal von vorn anfangen müssen. Die Aufregung in den beteiligten Professoren- und Studentenkreisen ist ungeheuer.

So wird übrigens nicht nur in Bayern gemacht. Die braven Studenten, die einstweilen als Richter und Staatsanwälte gegen Arbeiter und deren Vertreter schwere Strafen beantragen und in ständiger Entrüstung stehen, verstehen eben das Verlaufen und Schmiffen besser, als sich auf die Felsen zu setzen.

Familienleben. Die 15jährige Schneidermeisterin Landwehr in Hamburg spaltete ihrem angetrauten Vater den Schädel mit einem Beileibe, als er in der geschlossenen Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau eindringen wollte.

Des Soldaten Ehrgefühl. Ein Soldat des Regiments in Heilbronn und sein Gemein mit einer Plazpatrone und schloß sich in den Mund. In hoffnungslosem Zustande wurde er ins Garnisonlazarett eingeliefert. Der Mann, der im zweiten Dienstjahre stand, soll die Tat aus gekränktem Ehrgefühl infolge Redereien von Kameraden begangen haben. Untersuchung ist, wie die „D. Zig.“ meldet, eingeleitet.

Vom Schlafstich der Arbeit. In einem Neubau in Dufemond an der Mosel stürzte ein Gerüst ein; ein Maurer wurde tödlich, ein anderer schwer verletzt. — Auf der Heinrichshütte (Rheinland) stürzte der Fußsäger Lehmann bei Montagearbeiten 15 Meter tief ab und starb kurz darauf an den Folgen der Verletzungen, die er dabei erlitten hatte. Er war 25 Jahre alt, verheiratet und Vater eines Kindes.

Der wegen grauenhafter Ermordung von fünf Kindern vor vier Jahren zweimal in Osnabrück zum Tode verurteilte Aufständische Fischer Lehmann, dessen Hinrichtung bereits anberaumt war, ist nach mehrwöchiger psychiatrischer Untersuchung nachträglich für untüchtig bei Verrichtung seiner Morbtaten erklärt worden. Lehmann wird aus dem Gefängnis in eine Irrenanstalt überführt werden.

Dem Tode entronnen. Der Prinzregent von Bayern begnadigte das Raubmörder - Ehepaar Schellhaus in München, welches wegen Ermordung des Ministers Gamm zum Tode verurteilt war, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Bei der Hochwasserkatastrophe in Sagawagebiet bei Prag, über die wir bereits berichteten, wurden 37 Wohngebäude, eine große Anzahl Wirtschaftsgebäude, mehrere Mühlen, ebenso bei neun großen Fischteichen die Dämme zerstört und das

Fischmaterial fortgeschwemmt. Auch die Parkanlagen des Konoplicher Schlosses des Erbprinzen Franz Ferdinand wurden durch einen Dammbruch überflutet und schwer beschädigt. Der Schaden zählt nach Hunderttausenden. 16 Personen, meist Frauen und Kinder, sind ertrunken.

Gefährliche Rauferei. Ein Referendar aus Halle hatte mit einem Leipziger Studenten ein Pistolenduell in der Tölzauer Gasse. Der Student erhielt einen tödlichen Schlag in die Lunge. Anlaß zu diesem Duell gab eine taktische Beleidigung.

Arbeiterstreik. Bei einem Neubau in der Gassestraße zu Hamburg brach die Betondecke der fünften Etage gleichzeitig an mehreren Stellen zusammen und stürzte auf die nächste Etage. Infolgedessen stürzte der Neubau ein. Bis jetzt sind fünf Tote, vier Schwerverletzte und einige Leichtverletzte gezeichnet. Es sollen noch drei Mann unter den Trümmern begraben sein. Drei Feuerwehrgesellschaften sind an der Beseitigung tätig. — In dem Steinbruchbetriebe bei Trezzo sull'Adda (Italien) wurden beim Transport eines Steinblocks durch Abgleiten desselben vier Arbeiter getötet und sechs verletzt.

Drei Menschen verbrannt. In einer Gastwirtschaft zu Remscheid brach Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und das ganze Gebäude einäscherte. Dabei kamen drei Arbeiter, die im zweiten Stockwerk schliefen, um. Einem vierten Arbeiter gelang es, ins Freie zu kommen, er erlitt aber so schwere Brandwunden, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Man nimmt an, daß die Ursache des Brandes eine von einem Arbeiter weggeworfene brennende Zigarre war.

Ueber die Schädigung der nationalen Energie macht Otto Gorman, Raumburg in Nr. 11 des „Volkserziehers“ sehr beachtenswerte Ausführungen. Er sagt unter anderem: „Es ist von großer Wichtigkeit, auf einen außerordentlichen Krebsknoten an unserer Volksgesundheit nachdrücklich hinzuweisen. Wir lassen zunächst einen Ausländer, den Burenkommandanten J. B. Joubert, reden: Er warnt in seinem Buche: „Aus der zweiten Heimat“ seine Landsleute vor „der größten Gefahr der europäischen Zivilisation“, vor dem „Alkoholismus“. Er sagt ausdrücklich: Es ist ganz unglücklich, was auf diesem Gebiete gesündigt, wie viel Zeit und kostbares Leben in Gastwirtschaften verstreut wird und in welchem Maße schwere Krankheiten, Selbstmorde, Zusammenbruch der Familien, ganz abgesehen von der Geldverderblichkeit, aus diesem Paster entstehen. Man muß sich nur einmal vorstellen, daß in Deutschland von drei Millionen des Volksvermögens auf den Konsum von Alkohol verwendet werden... und dabei werden die verständigsten Leute in Deutschland empfindlich und fast persönlich beleidigt, wenn man auf die Gefahren des Alkoholverbrauchs hinweist.“

Wenn's nur Geld bringt, so ist eben beim „General-Anzeiger“ alles gestattet. Geschäft ist dort oberstes Prinzip, und Geschäftsmacht war es wohl auch, die Herrn Dr. v. S.

veranlaßt hat, das Rittergut Wilhelmshagen bei Scheitnig mit verschiedenen Nebenzugängen anzukaufen, um dort vorläufig eine Anzahl Schrebergärten anzulegen. Später wird das Grundstück einmal trefflich verwertbare Bauplätze liefern.

*** In der geheimen Sitzung der Stadtverordneten** am vorigen Montag kam es zu einem Konflikt zwischen den Freisinnigen und der Freien Vereinigung. Es handelte sich um die Vorlage des Ausschusses I für die Wahl der Baudeputation. Die Herren von der Freien wollten an Stelle der beiden langjährigen Deputations-Mitglieder, Fabrikdirektor Maier und Architekt Großner, ihre Parteigänger Weide und Seukner in die Deputation bringen. Da die Liberalen indessen darauf nicht eingehen wollten, so verließen die Mitglieder der „Freien“ den Saal, bis auf Herrn Drischel, der den Auftrag hatte, die Beschlussfähigkeit zu bezweifeln, worauf die geheime Sitzung abgebrochen werden mußte.

Wenn im Reichstage die bösen Sozialdemokraten sich desselben Mittels bedienen, dann hebt unter den Herren Konfessions- und Zentrumsleuten ein arges Schreien an, und schließlich ändert man die Geschäftsordnung und gar die Reichsversammlung.

*** Zur Rechtsfähigkeit der Arbeitgeberverbände.** Im Anfange dieses Jahres hatten der Arbeitgeberverband für das Klempnergewerbe in Breslau und der für das hiesige Baugewerbe beim hiesigen Amtsgericht die Eintragung ins Vereins-Merkmal beantragt, um dadurch die Eigenschaft der im hiesigen Gewerbe vorerwähnten Rechtsfähigkeit zu erlangen. Sie waren aber vom Registrar mit ihrem Antrage abgewiesen worden, mit der Begründung, daß sie wirtschaftliche Zwecke verfolgten und daß deshalb das Gesetz ihre Eintragung verbiete. Die hiergegen eingelegten Beschwerden blieben beim Amtsgericht ebenso wie beim Landgericht Breslau erfolglos. Und jetzt hat auch das Kammergericht auf die letzte Beschwerde ablehnend geantwortet, allerdings aus rein formalen Gründen. Beim Streit darüber, ob ein Verein als wirtschaftlicher anzusehen und deshalb seine Eintragung zu verweigern sei, sei als Rechtsmittel nur die Beschwerde nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung gegeben; nach dieser wäre eine weitere Beschwerde gegen die Entscheidung des Landgerichts nur dann zulässig gewesen, wenn diese einen neuen selbständigen Beschwerdegrund geliefert hätte, was hier nicht der Fall sei, da das Landgericht sich von vornherein auf den Standpunkt des Amtsgerichts gestellt habe. Im Grunde wäre also bereits das Landgericht die letzte Instanz gewesen. Nachdem damit den Vereinen von Rechts wegen die Erlangung der Registrarfähigkeit abgesprochen und ihnen amtlich bestätigt worden ist, daß sie wirtschaftliche Zwecke verfolgen, haben sie einen anderen Ausweg gefunden. Ihr Vertreter hat sich an den Handelsminister mit dem Ersuchen um staatliche Verleihung der Rechtsfähigkeit gewandt und wird zweifellos keinen Augenblick, daß sie erteilt wird. Es soll uns schließlich auch schmecken sein.

*** Für die Gräbchener Vorstadt, Gabel und Sauerbrunnen** findet heute im „Reichsaal“ auf der Gräbchenerstraße eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Neukirch über die Bedeutung der politischen Organisation sprechen wird. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Frauen sind eingeladen.

*** Im Stadtbezirk Böpelwitz** findet heute eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt mit dem Thema: Welche Steuern muß der Arbeiter in Breslau zahlen? Referent ist Genosse Klüh. Bei der Wichtigkeit der auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheit wird zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet.

*** Ein neues Gasglühlicht**, das sogenannte Graepinlicht, wird jetzt vom hiesigen Magistrat ausprobiert. Der neue, nämlich durch elektrische Fußgängerlampen unter den Gleisen des Hauptbahnhofes zur Verbindung der verlängerten Sandowstraße mit der Hauptstraße ist mit solchen Glühlampen ausgestattet. Es handelt sich um hängendes Gasglühlicht, das an sogenannten Hängestützen montiert wird. Dadurch ähneln diese Konstruktionen den elektrischen Bogenlampen. Das Licht ist intensiv und weißglühend. Seine hohe Lichtkraft kommt bei dem Verlechte in Breslau nicht recht zur Geltung, weil der Tunnel außerdem noch durch Lichtschatten natürliches Tageslicht erhält. Die Unterhaltungskosten sind geringer als bei dem elektrischen und verlangen nur einen kleinen Prozentsatz des Aufwandes für elektrisches Bogenlicht. Die bisherigen Ergebnisse des Versuches in Breslau sind zufriedenstellend. Auch in Dresden werden in Planung und in Berlin Verlechte mit den neuen Lampen angelegt. Die Lampen haben sich von den elektrischen Lampen vorteilhaft hervorgehoben. Ihre Konstruktion rangiert zwischen Gasglühlicht und elektrischem Bogenlicht.

*** Dresdener Sommertheater.** Die Direktion des Sommertheaters, das am 1. Juli unter Erich Kleins Leitung bei Reibitz eröffnet wird, gibt bekannt, daß auch in diesem Jahre auf vielfachen Wunsch wieder die beliebten Drogen-Millets zur Ausgabe gelangen und zwar für Sperrst. mit 21 Mk., Mittelparquet 15 Mk. und nummerierter Balken 12 Mk. Der Verkauf dieser Drogenbilletts findet von Sonntag, den 24. d. Mts. in Reibitz's Cabarett (Warteneingang rechts, Bureau: Max Ohrenstein, in der Zeit von 9-2 und 4-6 Uhr statt.

*** Eine Verkehrsstörung** entstand gestern Nachmittag gegen 2 Uhr auf der Neuen Schweidnitzerstraße, wo gegenwärtig Maßnahmen zur Beseitigung der Verkehrsstörung vorgenommen werden. Ein nach dem Oberbahnhof fahrender Wagen der Straßenbahn, der, um einem anderen Wagen Platz zu machen, zurückfahren wollte, geriet mit der vorderen Achse in eine falsche Weiche und entgleiste, dadurch wurde der Verkehr auf der ganzen Strecke bis zum Taubenplan für längere Zeit unterbrochen. Der Verkehr nach dem Oberbahnhof konnte nur vom Taubenplan aus, wo eine Weiche ist, aufrechterhalten werden. Der entgleiste Wagen mußte durch Seilzüge gehoben werden.

*** Verhaftung.** In der Nacht zum 8. d. M. wurde in dem Hause Stockstraße 11 ein 69 Jahre alter Arbeiter von der Treppe und erlitt eine schwere Verletzung der Halswirbelsäule. Der Mann ist am nächsten Tage im Krankenhaus verstorben. — Als sich am 16. d. M. eine Wälschfrau und ein Arbeiter in der Wälschstraße des Hauses Neumarkt 25 aufhielten, stürzte die Balkenlage der Decke herab. Der Mann erlitt Verletzungen am Rücken.

*** Verhaftung.** Verhaftet wurde am 18. d. M., Vormittags, auf der Marienstraße ein drei Jahre alter Mädchen, welches von dem kaiserlichen Bediensteten, Tiergartenstraße 16, in vorläufige Pflege genommen wurde.

*** In der Trauerzeit.** Am 19. d. M., Abends, fiel ein Schneidergeselle die steile Böschung des Schweidnitzer Stadtrades hinab, aufsteigend am Fuß ins Wasser zu stürzen. Er wurde wieder herausgeholt und in Haft genommen, da er stark betrunken war. Der Widerstand erregte.

*** Gefunden wurden:** eine Anodenlampe, ein Halsband mit einem Herz und eine goldene Damenuhr. — Abhanden kamen: eine Granatbroche in Form eines D, ein Schmuckstück, ein goldener Ring mit einem blauen Stein und 14 Brillanten, eine doppelte Korallenkette und eine schwarze Handtasche.

*** Eingelassen ist ein schwarzer Dachshund.** Gestohlen wurden: Einer Arbeiterin während der Prozession auf der Klosterstraße ein Portemonnaie mit 9 Mk., auf dem Neumarkt einer Landbesitzerin ein Portemonnaie mit 4 Mk. und auf dem Ring einer Frau ein Portemonnaie mit 13 Mk.

*** Gestohlen wurden:** einem Tischlergesellen auf der Kleinschlagstraße ein Fahrrad „Stahrad“ Nr. 28,461, einem Studenten in einem Restaurant auf der Schmeibstraße ein Ebenholzstuhl mit silbernem Griff.

*** Mit Beschlag belegt wurde ein Fahrrad „Corona“** Nr. 69,827.

*** Festgenommen wurde ein Schmuckfingerringeselle**, der seinem Prinzipal in Greifbäumen 64 Mk. unterschlagen hatte.

*** Politische Mitteilungen:** In das Polizeigefängnis wurden am 18. d. M. 28 Personen eingeliefert.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

*** Die Gewerkschaften** werden bringen ersucht, den durch Kartellbeschlüsse bestimmten Vorkostenbeitrag von 2 Pfg. pro Mitglied baldmöglichst an den Kassierer des Kartells, Genossen R. Peterhansel, Nikolaisstraße 18, abzuliefern.

*** Achtung, Holzarbeiter!** Donnerstag, den 21. Juni, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Rein Kollege sollte fehlen. (Siehe Inserat.)

*** Achtung, Steinarbeiter!** Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 10-12 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7, Kassentag statt. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher in Ordnung zu bringen, da am ersten Juli mit den alten Marken Schluss gemacht wird und die neuen in Kraft treten.

Versammlungen und Vereine.

*** Eine große Volksversammlung**, von weit über acht-hundert Männern und Frauen besucht, fand Dienstag Abend im „Reichsaal“ statt. Es galt, den Genossen des Oberlandes und der Sandowstraße an der Hand der politischen Situation der Gegenwart die wachsende Bedeutung der Politik für die Arbeiter zu illustrieren und zu zeigen, wie die Vorgänge in der Politik mit rauer Hand in die Interessen der Arbeiter eingreifen. Die Versammlung wurde für die Arbeiter die Verpflichtung erwacht, politischen Einfluss zu gewinnen, politische Forderungen zu verfechten und die Massen zum politischen Denken und Handeln zu erziehen. Da aber ohne die persönliche Freiheit und ohne politische Rechte und Freiheiten kein Einfluss zu gewinnen ist, erobert sich für die Arbeiter die Notwendigkeit, als eine politische Organisation anzuerkennen und für die Befreiung aller Unfreiheiten und für die Erhaltung der politischen Macht zu kämpfen. Das Referat hatte Genosse Albert übernommen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, so daß Genosse Bur-und mit einem feierlichen Schlusswort um 10 Uhr die imposante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie schließen konnte.

*** Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler** und anderer gewerblicher Arbeiter in Hamburg (Abteilung Breslau) hielt am Dienstag eine wichtige Versammlung ab. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1906 ergab eine Einnahme von 4969,08 Mk. und eine Ausgabe von 4009,59 Mk., mithin ein Ueberschuss der Einnahme von 959,49 Mk., von der 654,20 Mk. nach Hamburg an die Hauptkasse abgeführt wurden. Der Vorsitzende leitete einen Auszug aus der Abrechnung der Hauptkasse, aus dem zu ersehen ist, daß der Stand derselben ein günstiger ist und für nächstes Jahr eine Erhöhung des Krankengeldes mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Der Vorstand wird auf Antrag der Referenten entlassen. Dann verliest der Vorsitzende die vom Hauptvorstande aus Anlass des kommenden Jahres betr. die Privatversicherungen vorgeschlagenen Veränderungen des Statuts. Die Versammlung genehmigt die Änderung der Verwaltung an die General-Versammlung, die Kranken-Unterstützung vom Einwohnungsplan auf den Wohnortplan des Wohnortes und die örtlichen Verwaltungskosten von fünf auf sechs Prozent der Einnahme zu erhöhen. Im Anschluß an die General-Versammlung findet eine ebenfalls der Frauen-Sterbekasse statt, zu der derselbe Kollege delegiert wird, und zwar wird Kollege Rißler als Delegierter gewählt. In die Ortsverwaltung werden Rißler als Vorsitzender, Seckner als Stellvertreter, Rißler als Kassierer, Rapp als Stellvertreter, Hoffmann als Schriftführer, Ehrlich neugewählt und als Referenten Bierwagen, Blau und Rißler wieder gewählt. Der in der vorigen Versammlung beschlossene und eingeführte Ausweis über die Arbeitsunfähigkeit bei Krankheitsfällen ohne ärztliches Attest ausschließlich der ersten und letzten Krankheitswoche ist den Mitgliedern noch zu wenig bekannt und werden die Mitglieder hingewiesen, diese Einrichtung zu benützen. Der Vorsitzende bringt die Absicht der Ortsverwaltung der hiesigen Breslau des Deutschen Holzarbeiterverbandes zur Sprache, durch einen hohen Lokalrat zum Beitritt und Einführung eines Krankengeldbetrages in doppelter Höhe, die Mitgliedschaft bei einer Hilfskassenkasse überflüssig zu machen und warnt davor, etwa aus diesem Grunde aus der Hamburger Kasse auszu-scheiden, weil die Leistungen derselben dadurch nicht ersetzt werden können.

Aus den Gerichtssälen.

Bezirkskommandant v. Zander vor den Geschworenen. Am zweiten Verhandlungstage wird nach einem Wortgefecht zwischen dem Vertreter der Anklage und dem Justizrat Ramsdorf über die Glaubwürdigkeit der vom Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen zur Zeugenvernehmung geschritten. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß ein Ende der Verhandlungen überhaupt nicht abzusehen sei, wenn sie in dieser Weise weitergehen sollten.

Als erster Zeuge wird Rechtsanwalt Dr. Grotz (Gan-nover), ein naher Verwandter der Angeklagten v. Zander, auf-gerufen. Er habe dem Angeklagten v. Zander 1897 3000 Mark geliehen und diese habe er eingelöst. Sein vorstehender Vater habe dem Angeklagten bedenkend mehr geliehen. Ob und wie viel sein Vater zurückgefordert, entziehe sich seiner Kenntnis. Auf Befragen des Vorsitzenden Dr. Grotz bemerkt der Zeuge: Man habe in der Familie Frau v. Zander deshalb für getreulich nicht normal gehalten, weil sie ungeheure Ausgaben für alle möglichen Gegenstände, deren sie absolut nicht bedurfte, gemacht hat, also eine Verschwendung im höchsten Sinne des Wortes war. Es wird danach ein Schriftstück vorgelesen, aus dem zu entnehmen ist, daß in der Familie der Frau v. Zander mehrfach Geisteskrankheiten vorgekommen seien. Der Vater sei ein fanatischer, welt-schmerzlicher Mensch gewesen. Da ihm eine Anklage wegen Majestäts-beleidigung drohte, sei er nach Genf entflohen und dort im Jahre 1897 gestorben. Frau von Zander soll einmal für 1000 Mark Sachen zur Ausschmückung des Weihnachtsbaumes gekauft, bezug-

auf Borg entnommen haben. Als sie bemerkt, der Angeklagte v. Zander sei ein Feind der Familien Feinde gewesen. Ich rauche nicht und trinke niemals eine Koffein-Kaffee. Wälsch erfuhr ich, daß meine Frau in unheimlicher Weise Schulden aller Art gemacht hat. Sie hatte Waren in großer Zahl gekauft, deren sie absolut nicht bedurfte und auf dem Boden verstaute. Ich war als alter Offizier genötigt, die von meiner Frau auf meinen Namen gemachten Schulden zu bezahlen. Daher war ich genötigt, Darlehen aufzunehmen.

Nach der Vernehmung des Anklägers Koppenscheidt, der über das Verhältnis Zanders zu einem Herrn v. Zander, dem v. Zander zu verschaffen versprochen hatte, auszusagen sollte, wird der Angeklagte zur Vernehmung des Zeugen Koppenscheidt v. Zander als Zeuge vernommen. Er sei Vertreter der Firma S. C. Gahn in Berlin. Frau Major v. Zander habe schriftlich einen großen Koffer mit Porzellan aller Art, Dosen, Gefäße, einen großen teuren Kristallkrug usw. bestellt. Er sei auf Grund der Briefe zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Familie v. Zander zahlungsunfähig war. v. Zander: Als er eines Tages nach Hause kam und den Kristall-Krug vor sich sah, habe er viele kostbare Porzellan und so weiter sah, sei er ganz erstaunt gewesen. Er habe die Sachen sofort zurückgeschickt, denn er habe damals Mitleid, das Mitleid für den Haushalt zu beschaffen. Er wurde aber von der Firma verantwortlich gemacht und da er eine gute Stellung in Aussicht hatte, glaubte er, es werde ihm möglich sein, die Sachen zu bezahlen. Frau v. Zander bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Sie habe die Sachen bestellt, da sie der Ansicht war, ihr Mann werde eine gute Stellung erhalten.

Nach der Pause wird Frau v. Zander über ihren Lebenslauf befragt: Sie sei mit 16 Jahren Hofdame der Prinzessin Friederike Henriette von Hannover geworden. Sie habe die Prinzessin mehrfach nach England begleitet. Sie sei schließlich aus dem Hofstaat geflohen. Vor: Bei dem Untersuchungsrichter haben Sie erklärt, über die Ursache Ihres Aus-scheidens aus dem Hofstaat der Prinzessin herbeizuführen Sie sehr unglücklich? Angekl.: Ich wollte überhaupt nicht, daß der Name der Prinzessin in der Schmutz-Verhandlung zur Sprache komme. Vor: Nachdem aber die Sache einmal bekannt war, konnten Sie doch auch dem Untersuchungsrichter die Ursache Ihres Ausscheidens aus dem Hofstaat angeben. Angekl.: Die so-ralischen Beziehungen, die ich von dem Herrn Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Zille, erhielt, konnten mich nicht veranlassen, ihm auf alle seine Fragen Ruhe und Antwort zu geben. Vor: Welche die Prinzessin sehr unglücklich? Angekl.: Die Prinzessin hatte jährlich 60.000 Mark zu verze-hren. Sie hatte 16 Diensthofen. Wir standen selbst zwei Hofen und ein Diener zur Verfügung. Es war das heimliche etwas Minderbemitteltes, auf anderen Schloßern, insbesondere in Eng-land, saß ich einen noch bedeutend größeren Aufwand. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bemerkt die Angeklagte: Nachdem sie aus dem Hofstaat der Prinzessin ausgeschieden war, sei sie zu Verwandten nach Moskau gekommen. Diese hätten jährlich 80.000 Rubel zu verze-hren. Dort wurde sehr sparsam gelebt. Als sie sich mit ihrem Mann verlobte, sei ihr Vater schon tot gewesen. Ihr Onkel habe ihr die Ausstattung ge-kauft und ihr außerdem 3000 Mark gegeben. Es wird darauf eine Anzahl von Frau v. Zander an ihren Gatten gerichteter Briefe vorgelesen. Der Vorsitzende bemerkt: Er wolle feststellen, daß, nach den Briefen zu urteilen, die Eheleute sich über ihre Geldverhältnisse vollständig klar waren. Im weiteren Verlaufe trägt der Vorsitzende, wie es komme, daß in Magdeburg für 700 Mark Gardinen gekauft worden seien. Angeklagte: Wir brauchten damals Gardinen, zumal wir aus unserer Wohnung, der kleinen Wohnung wegen förmlich kochten mußten. Vor: Sie brauchten doch aber nicht für 700 Mark Gardinen? An-geklagte: Ich war über den Gardinenkauf ganz erstaunt und habe auch deshalb meiner Frau Vorwürfe gemacht. Vor: Sie konnten doch die Gardinen einfach zurückschicken. Angekl.: Das konnte ich als Offizier nicht machen. Vor: Das verleihe ich nicht.

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung der Angeklagten Aufzeichnungen wird auch eine Stelle vorgelesen, in der es heißt: Gesehen war ich genötigt, mit 50 Mk. von meinem Geldbeutel abzurufen zu lassen. Frau v. Zander bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Es sei ihr bekannt gewesen, daß sie einen armen Offizier geheiratet habe. Vor: Dann hätten Sie doch erst recht hartam leben müssen. Wussten Sie denn nicht, daß ein preussischer Offizier seine Schulden haben darf? Angekl.: Ich habe in preussischen Offizierskreisen vorher niemals verkehrt. Vor: Das weiß doch aber jeder. Angekl.: Mir war es nicht bekannt, ich glaubte auch, mein Mann werde sehr bald außerordentliche Einkünfte erhalten. Der Staatsanwalt stellt fest, daß die von Zander'schen Eheleute 1897 mit über 13.000 Mk. Darlehen aufgenommen hätten. Aus weiteren Tagebuchaufzeichnungen geht hervor, daß die von Zander'schen Eheleute bisweilen sehr sparsam gelebt haben. Sie haben Küstern ge-geschenkt, Wein getrunken usw. In einer Aufzeichnung heißt es: Marie hat ein sehr gutes Essen bereitet. Es gab Fleischbrühe, Fisch, Braten, Gemüse und dazu einen vorzüglichen Wein. In einer weiteren Aufzeichnung heißt es: Da ich auf den Augen lange warten mußte, kaufte ich mir kurzer Hand ein Fahrrad.

Gegen 3 1/2 Uhr Nachmittags wird die Verhandlung auf Mit-twoch vertagt.

Aus Schlesien und Polen.

Angewiesen, weil er dem Kapital lästig geworden, wurde schon wieder ein armer Textilarbeiter. Der „Proletar“ berichtet darüber:

Der Textilarbeiter Josef Jocher, aus Gronow in Böh-men gebürtig, hatte in einer der Versammlungen, die aus Anlaß der Lohnbewegung bei der Firma Dietz in Langenbielau stattgefunden, das Wort genommen und führte etwa folgen-des aus:

„Kollegen und Kolleginnen! Es ist bedauerlich, daß in dieser großen Versammlung niemand den Mut hat, dem Kap-italismus die Wahrheit ins Gesicht zu sagen. Wachtet auf aus eurem Schlafe und gebet Ausdruck, daß es Euch ernst mit eurer Bewegung ist. Seht mich an, wenn Ihr den Mut habt, dann werdet Ihr den Ernst in meinem Gesicht lesen können. Es ist traurig, daß in diesem Orte, wo so viele Arbeiter beschäftigt sind, noch viele dem Verbände fernstehen. Schande ihnen und Schmach! Schon Christus hat die Wahr-heit und Gerechtigkeit und Liebe gepredigt mit seinem erheben Mund. Darum wurde er gekreuzigt, und so kreuzigt man noch heute, der für Wahrheit und Gerechtigkeit spricht. Sie konnten es niemals vertragen, daß er so sprach, daß er so sprach, daß er so sprach.“

Das hat Jocher denn nun auch lernen müssen, denn am Montag Nachmittag hat man ihm auf dem hiesigen Postamt die Ausweisungsbefehl vorgelesen. Am Donnerst- tag früh 8.47 Uhr soll er das preussische Gebiet verlassen.“

Deutschland ist groß! Und die Polizei ist die Verführerin dieser Größe!

Abgeblühte Polizei!

In einer Textilarbeiter-Versammlung am 2. April an Reichensbach sollte der Gauarbeiter Fritz v. Zander den Be-zugsverhältnisse der Arbeiter und der Polizeibeamten vorgelesen haben. Er stand deshalb am 17. Juni vor dem Schöffengericht ba-selst, um sich wegen seiner Verurteilung zu verantworten. Der Sach-verhalt war folgender: Fritz schilderte die Schicksale des Arbeiter-genusses und führte dabei aus, daß ihm einmal ein hoher Polizei-beamter die im Vordergrund stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als die mangelhaftesten, tüchtigsten und ruhigen Menschen bezeichnete, die er jemals gekannt habe. „Das sei das Urteil eines hohen Polizeibeamten, und nicht das eines gewöhnlichen

Verstecken, der manchmal auch nicht viel verhebt!
Durch diese Versteckung fühlen sich die oben genannten Überwachen-
den demnach befreit und hatten, wie die Verhandlung ergab, auf
Wunsch des Polizeikommissars Hölzl Strafantrag
gestellt. Die Verhandlung ergab, daß die Verleumdung in den
Worten „gewöhnliche Polikisten“ gefunden werden sollte. Der An-
walt beantragte jedoch selbst die Freisprechung, eventuell stellte er
dem Gericht die Verzeihung anheim. Frisch beantragte ebenfalls
Freisprechung und meinte, der Prozeß sei rein an den Daaren her-
beigeführt, es sei eine Pappalle, worüber alle Welt lache. Das Ge-
richt erkennt auf Freisprechung. Die Kosten trägt die Staatskasse.
Bemerkenswert war nur der Nachweiser Güter worden, während
Bruchstücke draußen stehen mußte. Erbaut werden beide nicht über
das Urteil gewesen sein.

Der empfindliche Erzbischof.

Der Generalsekretär des Osmarvereins, Scholz, der nach
einem Bericht der „Niederrheinischen Volkszeitung“ in einem am
2. November in Krefeld abgehaltenen Vortrage vom Erz-
bischof von Stablenwski in Posen gefragt haben sollte, er
sei der größte polnische Vögel, hatte sich wegen dieser
Ausdrucksweise verantwortet. Es erfolgte Freisprechung, da von
mehreren Tuschern an der Versammlung bekannt wurde, daß die
Ausdrucksweise in diesem Sinne nicht gefallen sei.

Zum Untergange der Hausweberei.

Aus Lauban wird gemeldet:
Die verschiedenen, seit einigen Jahren hier und im gan-
zen Kreise neuerbauten mechanischen Webereien zur Her-
stellung von reinen und baumwollenen Taschentüchern haben
die Hausweberei beinahe vollständig ver-
drängt. So sind in den letzten Jahren acht solche Ta-
schentuchfabriken neu erbaut worden. Der Rentier Wünsche in
Mittel-Stettin will auf seinem Wühlengrundstücke
dort in diesem Sommer ebenfalls eine mechanische Weberei für
Taschentücher errichten. Die bekannte Firma Weber-Kaufmann
in Beerberg führt auch zurzeit einen Erweiterungsbau
aus, während die Tuchfabrik Wilhelm Maus in Seiden-
berg eine neue Färberei jetzt erbauen läßt. An Arbeits-
kräften zur Bedienung der mechanischen Stühle herrscht über-
all Mangel.

Mit wachsendem Schritte schreitet die kapitalistische
Entwicklung vorwärts. Die ökonomische Entwicklung der
bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit
zum Untergange des Kleinbetriebs, dessen
Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Pro-
duktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen
Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen hilflosen
Proletariat, indes die Produktionsmittel des Monopols
einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Grob-
grundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser Monopolisierung
der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplit-
terten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe,
die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein tiefen-
haftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber
alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapital-
isten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat
und die verdrängten Kleinbetriebe — Kleinrentier, Bauern —
bedeutet sie wachsende Gunst der Unsicherheit
ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung,
der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Wo steht es mit ehenen Leitern im Programm unserer
Partei geschrieben. Nichtsdestoweniger stellen politische An-
stände es täglich so dar, als müge an dem Untergange der Klein-
betriebe: — Sozialdemokratie die Schuld und doch
keine andere als die Wegung der Minderheit unserer Program-
me und der von uns propagierten Mittel zur Abhilfe.

Für die Verdrängung des kapitalistischen
Eigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden,
Gruben und Bergwerken, Fabriken, Werkzeuge, Maschinen,
Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und
die Umwandlung der Warenproduktion in so-
zialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Pro-
duktion kann es bedürfen, daß der Großbetrieb und die
wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für
die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends
und der Unterdrückung zu einer Quelle der höheren Wohl-
fahrt und allseitiger harmonischer Entwick-
lung werden.

Wenn Vereine keine Politik treiben.

Der Kreis-Krieger-Verband von Breiten hat auf seine
Anfrage von dem Vorstande des Preussischen Lan-
des-Krieger-Verbandes eine für sämtliche Krieger-
Vereine prinzipiell wichtige Zuschrift erhalten. Es heißt darin
unter anderem:

„Einem Kriegerverein kann der korporative Ein-
tritt in den Krieger-Verband nicht verboten werden, wenn
alle Mitglieder ohne Ausnahme mit dem Eintritt
einverstanden sind. Sollten aber in einem Vereine
Meinungsverschiedenheiten herrschen, so darf in diesem Falle
kein Majoritätsbeschluss gefasst werden und müßte dann der
fordernsweilige Beitritt zum Kriegerverein direkt verboten werden.
In Verhandlungen des Kriegervereins werden durchaus geteilt
und es wäre sehr erfreulich, wenn recht viele Einzelmitglieder
der Vereine dem Kriegerverein beitreten. Die ablehnende Stel-
lung richtet sich nur gegen einen korporativen Beitritt ge-
schlossener Vereine nicht allein zum Kriegerverein, sondern auch
zu anderen ebenfalls patriotischen Vereinigungen. Wir möch-
ten auch dem Wunsch Ausdruck geben, daß der Kriegerverein
keinerlei seine Zwecke macht, Kriegervereine zum korporati-
ven Beitritt zu gewinnen.“

Die alte Leiter: Man treibt in Krieger- und
Kriegervereinen keine Politik. So. Man hält die heiligen
Güter der Nation hoch. Als die Kriegervereine, Krieger-
vereine, Zuchtvereine und Subordinaten. Nur das Volk in sei-
nen Vereinen, das arbeitende, treibt Politik und übertrifft, be-
steht wie immer, in bewußter Absicht alle Schranken, die wie
Städtebrat seine elementarsten Bewegungsversuche einengen. Wir
weisen nicht daran, daß der Vorstand des Preussischen Landes-
Krieger-Verbandes den für vernünftigen Erwägungen sich hat
stellen lassen. Aber wir beanspruchen das gleiche Recht für alle.

Stilblüten aus dem Schreibrohr eines Gebildeten.

Dem Einiges-Dunderlichen Fabrikarbeiter-Verein in S a h n a u
ging folgendes Glückwunschschreiben zu:

„Als ehemaliger Bürger Hofmanns und langjähriger
Arbeitskamerad der erlauchten Mitglieder ihres Vereins will
auch ich nicht verfehlen, denselben zu seinem 25. Stiftungsfes-
te meine herzlichsten Glück- und Segenswünsche darzubringen.
Möge der Verein weiter wachsen, blühen und gedeihen und es
sich auch fernerhin zur Aufgabe machen, unter der Devise:
„Zur Ehre jedermann, hat die Brüder lieb, fürchtet Gott,
achtet den König“ für die berechtigten Interessen des hand-
arbeitenden Standes, aber auch der Allgemeinheit einzutreten,
dann wird der Segen des Hohen auch weiter mit dem ver-
ehrten Verein sein und es wird von sich sagen können, daß er
besteht war, in Wahrheit das schöne Wort eines berühmten
altgriechischen Dichters, der vor weit über zweitausend Jahren
gelebt hat, in die Zeit umzusetzen: „Nicht mitzuhaben, son-
dern mitzulieben bin ich da.“ Mit der Bitte, insbesondere die
mir noch bekannten Mitglieder des Vereins diemals von mir
zu grüßen, bin ich eines vereinigten Vereins
Hochachtungsvoll ergebener
R. Sturm, Apotheker.
Gegeben bei Berlin (Sophienstraße), den 16. Juni 1906.“

Gott, König, Allgemeinheit Segen des Hohen, der
von sich sagen kann, daß er besteht war — 2c. — altgriechischer
Dichter — Uff! Was für eine herrliche Perle! Ob der
langjährige Aufenthalt des langjährigen Arztes in einem
Raum, der mit so vielen Blüten angefüllt gewesen sein
sollte, nicht gesundheitschädliche Folgen gehabt haben mag für
den, dessen Augen täglich von den blühenden lateinischen Auf-
schriften angezogen, dessen Ohrorgan täglich von den Dämonen
heißer Kräfte und geistlicher Saiten umfließen worden
sind? — Das herrliche Schreiben wirkt wie ein breit geschmierter
Zugpfeiler.

— b. Biele, 20. Juni. Arbeiter-Risiko. Am Son-
ntag früh gegen 7 Uhr veranlaßte der 16 Jahre alte Arbeiterbursche
Max Andrichke dadurch, daß ihm in der Pappfabrik
Norddeutsche Aktien-Gesellschaft, 3 Finger der rechten
Hand am Durchschneider abgetrennt wurden. Er behauptete, der
junge Mensch ist nun für Lebenszeit geschädigt. Die Arbeiter in ge-
nannter Fabrik müßten doch ansehnlich dessen dafür sorgen, daß die
Sonntagsarbeit gänzlich eingestellt wird. Das kann natürlich nur
durch die Organisation geschehen.

— c. Waldburg, 20. Juni. Kleine Diebe hängen
man... Der Zeitschrifts-Verleger, Hartmann und
Wiesen in Waldburg war aus einem alten, nicht
mehr benutzten Fabrikgebäude, der sogenannten Poltschleife, ein alter
Treibriemen im Werte von 60 M. entwendet worden. Dieses
Attentat gegen das dreimal heilige Eigentum der Millionenfirma
kam vor die Ohren der Behörden, die auch den Täter in der Person
des Arbeiters R. ermittelten. Dieser hatte aber den Mienen nicht
selbst zuhause, sondern denselben einem guten Freunde geschenkt, da-
mit der mit dem Leber die Schuld fänden. Die Legende vom
heiligen Eulispin erzählt, daß dieser ganze Hirt gestohlen habe, um
die Armen mit Schafwolle beschenken zu können. Das ist zum
Glück jetzt nicht mehr Mode und der Waldburger Arbeiter
wurde von der gepanzerten Faust des Gesetzes am Genick gepackt, in-
dem ihm die hiesige Strafkammer 5 Tage Gefängnis zusprach.
Noch schlimmer kam aber der Freund weg, dem er den Treibriemen
geschenkt hatte. Derselbe erhielt wegen Hehlerei 10 Tage Gefängnis.

— d. Gernsdorf, 19. Juni. Was soll das? So ge-
winnt fast den Anschein, als ob auf den hiesigen Gruben der Ab-
bruch des Gottesberger Streiks dazu benutzt werden sollte, die Löhne
noch unter ihren früheren Stand herabzubringen. Das wäre ein
gewagtes Spiel und würde für die hiesigen Arbeiter gefährlich werden.
Wenn auch die Arbeiter der Gernsdorfer Gruben dem Kampfe der
Gottesberger teilnahmslos zusehen und dadurch den Ausgang des-
selben mit verschulden, geht ihre Gleichgültigkeit doch nicht so weit,
daß sie in eine Verschlechterung des eigenen Loses ohne weiteres
einwilligen. Das merkte man am letzten Sonntag, wo wegen des
geringen Verdienstes eine gewisse Erregung zu bemerken war. Be-
sonders in der 3. Abteilung auf dem Erbkollen sind die letzten beiden
Monate fordernde Löhne ausbezahlt worden. Der Steiger Kauf-
hilt es nicht unter der Würde eines Bergbauers, ihn mit einem
Lohn von 2,97—3,07 und 3,27 M. abzufinden. Dabei sind die
Vertriebsleistungen in dieser Abteilung nicht weniger als gute zu
bezeichnen. Auf der Kollbahn ist die Strafe tief ausgehakt, weil
sonst die Pferde oben anstoßen und Poltschlepper gibt es schon längst
nicht mehr. Das nötige Holz können sich die Hauer selbst her-
holen, weil der Herr Steiger sparen muß. Daß es unter solchen
Umständen in dieser Abteilung immer noch unorganisierte Arbeiter
gibt, ist das Traurigste an der ganzen Geschichte.

— m. Biele, 20. Juni. Stadtberechtigten-Liste.
Zu erwähnen ist die Demission von 3550 M. für eine Bedürfnis-
anstalt auf dem Ringe, die ein großes Pflaster, ein Männer- und zwei
Frauenklosetts enthalten soll. Ferner wurden 1022 M. zur Er-
weiterung der Straßenbeleuchtung auf dem Schloß-
platz bewilligt und zwar mit Rücksicht auf den bevorstehenden Kaiser-
fest. Es wirkt einigermaßen eigenartig, wenn man irgend eine
Verbesserung immer erst dann vornimmt, wenn der Feind eines
hohen Herrn in Aussicht steht. Für die „gewöhnlichen Bieleger“
war die bisherige Beleuchtung des Schloßplatzes genügend, nun aber
der Kaiser kommt, muß schleunigst „mehr Licht“ geschaffen werden.
Die Veranlassung mußte zum Schluß zu nicht weniger als
16,215 M. Etatsüberschreitungen in verschiedenen Teilen
des Kammeretatsetats für 1905 ihre Zustimmung geben, darunter
Verträge von 2836, 2523 und 5146 M. Die Demission dieser
Überschreitungen ging glatt von statten, ohne daß man groß nach
den Ursachen dieser oft recht erheblichen Mehrkosten gefragt hätte.

— r. Eura, 19. Juni. Eine öffentliche Volks-
Versammlung fand am Sonntag Nachmittag im „Eisernen
Helm“ statt, zu der sich über 500 Männer und Frauen einfanden
hatten. Genosse K l a h s-Breslau behandelte in andernhalbstündiger
Rede: „Das Zentrum und die Arbeiterkassen“ und erzielte für seine
Ausführungen lebhaften Beifall. Nachdem in der Diskussion mehrere
Anwesende im Sinne des Referenten gesprochen hatten, meldete sich
als einziger Gegner ein Zentrumsanhänger, Galle, zum Worte.
Obwohl derselbe das Referat gar nicht gehört hatte, unternahm er
doch den Versuch, seine Partei heranzugreifen, der aber völlig miß-
lang. Doch hätte auch ein gewandter Redner als Herr Galle einen
Reinfall erleben müssen, da sich die Zentrumspolitik unmöglich
mit den Arbeiterinteressen vereinbaren läßt.

Kattowitz, 20. Juni. Von einer aufsehenerregen-
den Verhaftung, die charakteristischerweise von den hiesigen
Blättern totgeschwiegen wird, berichtet die „Frankfurter Zeitung“.
Taut telegraphischer Meldung ist danach hier der praktische Arzt Dr.
M a i n g e r wegen verdächtigter Erpressung und Bekehrerei verhaftet
worden.

Köln (Posen), 20. Juni. Danarbeiterstreik. Hier
sind die Arbeiter und Zimmerer einmütig in den Streik eingetreten.
Zugang ist ferngehalten.

— s. Bromberg, 19. Juni. Hafenarbeiter-Ver-
sammlungen fanden am Sonntag eine in Bromberg und
Kafel-Rede statt. In der Bromberger Versammlung wurden
sämtliche Führer und Schiffsgehilfen eingeladen, welche auch in einer
starklichen Zahl erschienen waren. Genosse K r i e g e r referierte. Um die
Abhaltung eines neuen Festes in diesem Jahre zu ermöglichen,
forderte Redner die Versammlung auf, für den Ausbau des Hafen-
arbeiter-Verbandes jetzt noch zu sorgen, denn nur eine starke moderne
gewerkschaftliche Organisation biete dem Führer die Gewähr, daß
ein ihren Wünschen entsprechender Arbeitsvertrag zustande kommen
kann. Zu der Kafeler Versammlung waren nur die Führer aus
Kafel und den umliegenden Ortschaften geladen. Da auch der für
Kafel und Umanow im Jahre 1903 zwischen der Bromberger
Schleppschiffahrt-Aktiengesellschaft und den in Hafenarbeiter-Ver-
bande organisierten Führern abgeschlossene Arbeitsvertrag im Herbst
dieses Jahres seine Gültigkeit verliert, so wurde auch in dieser Ver-
sammlung zur beschleunigten Tarifbewegung Stellung genommen. Für
diesen Distrikt, Kafel x., ist bereits der Vertrag ausgearbeitet, der
von der Versammlung akzeptiert wurde.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In Ratibor fiel der siebenjährige laubstamme Schullnabe
Schiff in einem unbewachten Augenblicke in die angestammte
Pflanzung. Der Knabe wäre ertrunken, wenn nicht der 10jährige
Schüler S i n g e r Hilpert herbeigelaufen wäre und den bewußtlosen
Knaben aus dem Wasser gezogen hätte. Das unglückliche Ver-
schicksel des Schullnaben bei dem Rettungsversuch gab dem Rektor Groß
Veranlassung, diesen in Gegenwart der oberen Klassen öffentlich zu
belohnen und die versammelten Kinder zu ähnlichen unwillkürlichen
Angeboten. — In der hiesigen Ratskammer in G a s s e n a u,
Kreis Ansbach, wurden am Sonntag früh vier Männer, die sich
zur Reparatur der Wege angeschlossen hatten, durch eine herabfallende Erd-
schicht verdrückt, aber noch lebend ausgegraben. Während
drei der Arbeiter mit Verletzungen der Glieder und Haut-
abschürfungen davonkamen, erlitt der vierte fünf Rippenbrüche
und schwere innere Verletzungen, an welchen er am nächsten
Tag gestorben ist. — Aus G r e t z e n wird der „Schle-

sschen Zeitung“ berichtet: Am 16. d. M. ließ der Arbeiter
K i o n s a für kurze Zeit sein sieben Wochen altes, in der Wiege
liegendes Kind und einen fünfjährigen Knaben ohne weitere Be-
aufsichtigung in seiner Wohnung zurück. In der Zwischenzeit nahm
der fünfjährige Knabe Streichhölzer und zündete damit Stroh an,
welches aus der Wiege hervorsteckte. Das Kind geriet in Brand
und das darin liegende Kind wurde am Rücken und an einem Beine
so schwer verbrannt, daß es eine Leiche war, als der Vater zurückkam.
— Beim Baden in einem Wasserloche des ehemaligen Mischendorfer Stein-
bruches in Streblenreuth Montag Nachmittag vor den Augen seiner mit
ihm badenden Kameraden der Steinarbeiter Friedrich Rother, an-
scheinend infolge Schlaganfalls. Er hinterließ Frau und sechs
Kinder. — In G r o s s - E n g e l fand die 18 jährige Tochter des Ar-
beiters H a d s c h i f f e n Ehepaars auf sonderbare Weise den Tod. Be-
auftragt mit dem Verschicken der Früchte von einem Maisfelde,
hatte das Mädchen während des Regens unter einer Mollschauer Schutz
gesucht. Infolge des starken Windes mußte sie jedenfalls ein Balken
geht haben, der dem unglücklichen Kinde auf die Brust gefallen war
und den plötzlichen Tod herbeigeführt hat.

Weiteres.

Das kommt davon. Bankier Sammy Oppesheimer von
Newyork wollte sich aus Deutschland einen niedergeborenen Grafen
als Schwiegersohn holen. Nachdem sie lange um die Mitgift ge-
feilt hatten, schloß Oppesheimer:
„Gott der Gerechte — um zwei Uhr dreißig geht der Zug, und
wie sind noch nicht mal eingewiegen der Konfession. — Weichte was,
Hebella! laß mer rasch auf die politische Polizei und laß dich
tanzen!“ („Wahre Jacob“).

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. H. Gertrud, T. des Hausmeisters Adolf
Kable, 4 J. — Käthe, T. des Bauarbeiters Franz Stalder, 10 M.
— Kurt, S. des Arbeiters Albert Klose, 3 M. — Walter, S. des
Kellners Wilhelm Frommer, 1 M. — Verstorben Paul Dentsch,
33 J. — Kaufmannslehrling Eugen Preis, 15 J. — Betriebs-
buchhalterin Friede Rieck, geb. Täger, 57 J. — Johannes, S.
des Schlossermeisters Ernst Nowak, 9 Mon. — Promenaden-Arbeiter
Karl Varsch, 48 J. — Helene, T. des Hausbauers Max Schmidt,
8 Mon. — Vertha, T. des Schmiedes Georg Rieck, 1 J. —
Schuhmachermeister Karl August Rieck, 66 J. — Luise, T. des
Kaufmanns Paul Wenden, 2 Stunden. — Willy, S. des Arbeiters
Johann Kramm, 1 J. — Eisenbahn-Arbeiter Wilhelm Kattig,
63 J. — Schneiderin Agnes Epka, 35 J. — Handelsmanns-
Witwe Maria Schewe, geb. Rober, 76 J. — Karl, S. des Oberstweilers
a. D. Christoph Sturm, 18 J. — Richard, S. des Arbeiters Hein-
rich Hoch, 4 Mon. — Kaufmanns-Anna Hoffmann, geb. Delo-
buski, 23 J. — Konrad, S. des Arbeiters Josef Schicht, 1 J. —
Knopf-Arbeiter Theodor Weier, 47 J. — Erich, S. des Arbeiters
Otto Rieck, 2 J. — IV. Rentierswitwe Friederike Daale, geb. Valsch,
67 J. — Rentier Selig Bertowski, 76 J. — Erta, T. des Schuh-
machers Hermann Heilmann, 2 Tage. — Verkäuferin Ludwila
Wacknitz, 18 J. — Frieda, T. des Stellmachers Heinrich Buch,
3 Tage. — Margarete, T. des Geschäftsbüroars Karl Mader,
11 Monate. — Weichenstellerswitwe Emilie Guder, geb. Greiser,
76 Jahre. — Helene, T. des Postkassens Ernst Braunert,
11 Jahre. — Helene, T. des Formers Albert Mann, 1 Jahr. —
Fabrikmeisterwitwe Maria Polbork, geb. Diebisch, 66 J. — Helene-
witwe Helene Kögler, geb. Hoffmeister, 67 J. — Käthe, T. des
Straßenbahnkassens Gustav Rieck, 18 J. — Ertha, T. des
Eisenbahnarbeiters Bruno Rieck, 5 J. — Zimmermanns-
Witwe Eleonore Schirm, geb. Kriesamer, 63 J. — Inval. Eisenbahn-
Arbeiter, 47 J. — Elisabeth, T. des Schuhmachermeisters Franz
Kastler, 4 Mon. — Maria, T. des Postkassens Hermann
Sander, 5 W. — Paul, Postkassens Wilhelm Lange, 67 J. —
Erich, S. des Eisenbahnarbeiters Bruno Rieck, 8 J. — Karl, S.
des Schmiedes Paul Rege, 8 M. — Inval. Arbeiter Hugo Fischer,
49 J. — Privatier Louis Wapack, 76 J. — Privatier Wilma
Mayer, 87 J. — Dienerswitwe Auguste Campig, geb. Warmuth,
73 Jahre.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Im Parteisekretariat.

Neue Gruppenträger 5/6, III., werden jederzeit Neuaufnahmen von
Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmebescheine sowie Be-
stellkarte auf die „Volksmacht“ zu haben.

Rechtsanwaltskassen können im Parteisekretariat nicht erteilt werden.
Die Bibliothekenden des sozialdemokratischen Vereins finden von
jetzt an von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek
geschlossen.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 20. Juni:

Arbeiter-Maschinen-Verein „Breslau“. Jeden Mit-
woch: Versammlung.

Donnerstag, den 21. Juni:

Tapfere-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung
Zimmer 3 und 4.

Freitag, den 22. Juni:

Steinarbeiter-Verband. Vormittags von 10—12 Uhr Kassen-
tag im Zimmer Nr. 7.

Dienstag, den 26. Juni:

Metallarbeiter-Verband (Bauanschläger). Abends 8 Uhr: Ver-
sammlung.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer
des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 4 (Mikolajewstadt).

Bezirk 2 (umfassend Berlinerstraße 1 bis 88). Die für Don-
nerstag den 21. Juni angeordnete Bezirksversammlung mit Zahlabend
fällt aus; sie findet dafür Donnerstag den 28. Juni statt.

Distrikt 6 (Mikolajewstadt).

Bezirk 2. Donnerstag den 21. Juni, Abends 8 Uhr: Zahl-
abend und Versammlung.

Bezirk 12. Donnerstag, den 21., Abends 8 Uhr, Zusammen-
kunft und Zahlabend.

Bezirk 15. Mittwoch, den 20. d. M., Zusammenkunft im
bekannten Lokal.

Distrikt 7 (Mikolajewstadt).

Bezirk 1 und 3. Donnerstag den 21. d. M., Abends
8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Versammlung über den ge-
planten Ausflug.

Bezirk 5 und 14. Sonnabend, den 23. Juni, Zusammen-
kunft und Zahlabend im bekannten Lokal.

Distrikt 9 (Oberdorf).

Sonntag, den 24. Juni, Vormittags 10 Uhr, Abrechnung der
Bezirksführer. Kontrollanten sind mitzuführen.

Distrikt 17 (Schweibitzer Tor).

Freitag, den 22. Juni, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammen-
kunft bei Rieckel. Ausglick der Volksmacht-Agitation. Abrechnung
mit den Bezirksführern.

Distrikte 18 u. 19. (Zuener Stadt, Ost- und Westkreis.)
Sonntag den 24. Juni: Ausflug nach Zoh. Abmarsch Vor-
mittags 8 Uhr vom „Bar auf der Orgel“, Rumpferichstraße 37
Zahlreichen Besuch erwarten.

Sand-Distrikt 2 (Kosel und Wilsnig).

Jeden Donnerstag nach dem 15.: Zahlabend im bekannten
Lokal.

Sandkreis-Distrikt 7.

Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats
Zusammenkunft bei Pohl in Hohlham.

Striegen. Wahlverein. Sonnabend, den 23. Juni,
Abends 8 Uhr: Versammlung in der Bierquelle. Bericht-
erstattung vom Parteitag.

Ein Kampf ums Recht.

Die unüberwindliche Abneigung der herrschenden Klassen, auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und Arbeiterfürsorge durchgreifende Reformen in die Wege zu leiten, hat sich ja bei den verschiedensten Anlässen gezeigt. Bis in die Reihen der sogenannten Freisinnigen — man denke an den berühmten Mugdankmus! — hat dieses arbeiterfeindliche Verhalten um sich gegriffen. Regierung und Reichstag sind in die Sommerferien gereist, ohne eine einzige bedeutende sozialpolitische Maßregel durchzuführen zu haben. Statt dessen wurden dem werktätigen Volke 200 Millionen neuer Steuern auferlegt, um zu beweisen, welcher Segen es ist, ein deutscher Staatsbürger und gehorsamer Untertan zu sein. Als Dank für diese unerschöpfte Schöpfung der Massen haben Fürst Bülow und Graf Posadowsky in innigem Einverständnis mit den Reaktionsären aller Richtungen mehr oder weniger verdeckt angedroht, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter auf dem Gebiete der Krankenversicherung zu eskamotieren und die geplante Vereinfachung der drei Versicherungszweige in einer solchen Weise durchzuführen, daß überhaupt von einem Recht der Arbeiter auf Unterstützung keine Rede mehr sein kann, sondern nur noch von einem Almosen, das ihm in Gnaden gewährt wird. Man kann sogar jetzt schon sagen: Ehe das unerhörte Unterital zur Wirklichkeit geworden ist, befolgt die Praxis der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und der mit diesen organisch verbundenen Institutionen den Grundsatz, die gesetzlichen Rechte der Arbeiter — mehr oder weniger unbewußt — zu verkürzen. Das Kapitel der Rentenlücke und Simulation — das hier und dort wirklich bestehen mag, wurde in gentiler Weise aufgeschaukelt, um Material gegen die Arbeiter und die Sozialreform herbeizuschleppen.

Es ist nur gut, daß der Sozialdemokratie immer mehr Material in die Hände gespielt wird, aus dem herbeigeht, daß die freundlichen Wünsche nicht in Erfüllung gehen. Der folgende Fall soll das beweisen; er betrifft den Kampf eines armen Witwe um die reichsgesetzlich festgelegte Wittelsuppe einer Invalidenrente.

Am 20. Oktober 1904 wurde von der Hauspulerin Bertha S. in Neustadt der Antrag auf Gewährung von Invalidenrente gestellt und auch von der Rentenstelle befürwortet. Die Landesversicherungsanstalt lehnte indessen den Antrag ab und stützte sich dabei auf ein Gutachten des Kreisarztes Dr. Mewius in Neustadt. Letzterer behauptete, die Frau könne noch mindestens 100 Mark pro Jahr (also die gesetzlich vorgeschriebene Summe) verdienen. Mit diesem Gutachten gab sich aber die Frau keineswegs zufrieden; sie legte Berufung ein beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Oppeln. Der Vertrauensarzt des Schiedsgerichts Merdies, untersuchte die Frau nun ebenfalls und erstattete dann folgendes Gutachten, dessen wörtliche Wiedergabe wir für notwendig halten. Es lautet:

„Es erfolgte heute, auf Veranlassung des Schiedsgerichts für Arbeiter-Versicherung zu Oppeln, die Untersuchung der früheren Hauspulerin Frau Bertha S. aus Neustadt O.S., 48½ Jahre alt.

Frau S. gibt an, wegen Schmerzen auf der Brust und Atemnot nicht an die Arbeitsstätte gehen, auch keine Treppen steigen zu können; öfter bekomme sie (erst in der letzten Woche gehabt) Lungenblutungen und leide häufig an Kreuz- und Seiten Schmerzen in der rechten Seite, sowie im ganzen Unterleibe; sie sehe auch schlecht und müsse wegen des sonst eintretenden Tränens und Augenschmerzens eine Schutzbrille tragen.

Die Untersuchung ist eine kleine (147 Zentimeter), unterleibige Person, von noch ziemlich reichlichem, aber schlaffen Zellpöcher und wenig derber Muskulatur; schwammig im Gesicht und blaß aussehend, um die Knie und an den Schienbeinen erkrankte geringe Schwellung (Ödem), mäßige, mehr festsitzende, Krampfadernbildung an beiden Unterschenkeln. Haltung ist aufrecht, Gang langsam aber sicher, Beweglichkeit im allgemeinen ausreichend, nur Rücken etwas erschwert, aber würde mit etwas Ueberwindung wohl besser gehen (!), da beim Aus- und Anziehen, Sitzen und Aufstehen keine erhebliche Behinderung bemerkbar ist.

Händedruck und Widerstandsbewegungen kaum mittelmäßig.

Die Hornhaut der Augen zeigt nur leichte, kaum merkbare Trübung, welche bei Augeninspektion den Augenhintergrund gut erkennen läßt und kaum in nennenswerter Weise das Sehvermögen beeinträchtigen dürfte, zumal die Hülse seit Kindheit damit gearbeitet hat; ein linker Bindehautkatarrh an der unteren Bindehaut kommt nicht weiter in Betracht, Pupillen reagieren normal.

Schreiben liefern kein zuverlässiges Resultat, aber die Untersuchung zeigt und erkennt Alles und ist so sicher in ihren Bewegungen und im Greifen nach Gegenständen, daß kaum eine nennenswerte Abminderung des Sehvermögens anzunehmen ist, wobei es sich denn auch nur um ein korrigierbares Uebel (Fülle) handeln könnte. Zur Zeit wird eine dunkle Schutzbrille getragen, meines Erachtens nach zwecklos. (?) Gehör normal. Gehör mangelhaft, Zunge mäßig befeuchtet.

Bezüglich des Ernährungszustandes ist noch nachzutragen: Brustumfang 86–81 Zentimeter bei Ein- und Ausatmung, Oberarm-Umfang bei Streckung und Beugung rechts 26 bis 26½ Zentimeter, Waden 31, Oberschenkel 48 Zentimeter. Die Atmung ist oberflächlich 24 bis 26 pro Minute; während der Untersuchung 2 bis 3 Mal etwas Rasselhusten. Lungenatmen gleichmäßig. Zurückbleiben der rechten Seite heute nicht bemerkbar. Rechts vorn, oberhalb des Schlüsselbeines, hinten bis zum halben inneren Schulterblattende, leicht vergrößerte Schall, ganz vereinzelt keine Rasselgeräusche und Rhonchi, Atmung unbestimmt mit etwas verschärftem Charakter und Expirium; hinterwärts an den gleichen Partien ab und zu spitz klingende Geräusche, welche auch abgedeutelt sein können; auch auf den übrigen Lungen manchmal hier und da ein kleines Knacken. Im allgemeinen ist auf den Lungen zur Zeit kein erheblicher, früher Befund festzustellen, kaum nennenswerter Katarrh, aber alle Residuen-Verdichtung des rechten oberen Lungenlappens.

Der Puls ist ständig beschleunigt 110 etwa, klein, dünn, nach Bewegung 120 pro Minute. Am Herzen ist außer etwas leicht gehobenen Herzklappen und einer gewissen leichten Erregbarkeit nichts Besonderes zu bemerken.

Der Leib ist schlaff, hängend, ebenso die Eingeweide im allgemeinen gesenkt, aber, abge-

sehen von einer feststellbaren Senkung und Schmerzhaftigkeit der rechten Niere auf Druck, nichts Besonderes feststellbar. Leber und Milz normaler Reichhaltigkeit. Magen, ganzer Leib (überleben) druckempfindlich, schon beim bloßen Ansehen der Hand; beim Hinweis auf diese unglückliche Ueberempfindlichkeit läßt sie nach. An der Reibehäute und Gelenken keine erhebliche krankhafte Veränderungen. Urin frei von Eiweiß und Zucker. An den Geschlechtsorganen ist ein mäßiger Scheidenvorfall festzustellen, die Muttermündschlappen sind schlaff verdrückt. Die Regel soll nach vorhanden sein, aber verschleht.

Der heutige Befund deckt sich im wesentlichen mit dem der Gutachters Dr. Mewius (Dezember 1904). Es handelt sich um einen Lungenbefund, welcher auf ein chronisches Leiden mit Neigung zu zeitweiligen geringen Gefäßstörungen schließen läßt, worauf auch die früheren ärztlichen Befunde schließen lassen; traglich, ob tuberkulöser Natur, unwahrscheinlich. Zur Zeit ist dieser Zustand kein wesentlich die Arbeitsfähigkeit beschränkender. (!) Der Ernährungszustand ist im allgemeinen im letzten Jahre, bei Vergleichung der Masse, zurückgegangen. Eine mäßige Kuratnigkeit ist vorhanden und die Symptome einer Nervenschwäche und Blutmangel mittleren Grades beschleunigt. Puls leicht erregbar, sowie auch die Verträglichkeit, Ueberempfindlichkeit, blasse, schlaffe Haut und saftlose Schleimhaut und durch Blutmangel und mangelhafte Ernährung schlaffe und gesenkte Eingeweide (Euteroptose) mit reichlicher Waberniere.

Bezüglich des Schwermetalls liegt kein Befund vor, welche eine nennenswerte Beschränkung der Arbeitsfähigkeit bedingte.

Die Untersuchung ist mannigfaltige gesundheitliche Mängel, welche sie zeitweise jedenfalls nicht unerheblich in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränken werden, aber es liegen keine schweren organischen Erkrankungen vor. (?) In Betracht kommt allerdings noch, daß die Hülse sich in den Wechseljahren befindet, wodurch noch mancherlei Beschwerden bedingt und vorhandene Leiden gesteigert werden können; so stellen sich leicht Mutandrangserscheinungen auch auf die Lungen ein und hier führen diese sehr leicht zu Blutungen, vor allem, wenn die Lunge zu Blutungen hinneigt.

Bei dem heutigen Befunde, und da seit 19. Dezember 1904 keine wesentliche Verschlechterung des Zustandes eingetreten ist, muß ich die Untersuchung vorläufig noch für fähig erklären, ein Drittel (mindestens) des Erwerbes einer Hauspulerin zu verdienen.

Oppeln, den 16. April 1905.

Dr. Merdies, prakt. Arzt.

Etwas wunderbar liegt sich ja dieses Gutachten — selbst für einen Laien. Dr. Merdies muß zugeben, daß die Frau mit einer ganzen Reihe von Leiden behaftet ist. So z. B.: Muskulatur ist schwach, Krampfadernbildung an beiden Unterschenkeln, Händedruck kaum mittelmäßig, Rücken erschwert, ganzer Leib druckempfindlich, der Lungenbefund ergab ein chronisches Leiden, die Ernährung ist zurückgegangen. Wir meinen nun mit unserem Laienverstande, schon die Summe dieser Leiden sollte genügen, die Frau erwerbsunfähig erscheinen zu lassen. Statt dessen rekurriert sich der Arzt dahin, daß die Frau zwar mannigfaltige gesundheitliche Mängel aufweist, ihre Arbeitsfähigkeit nicht unerheblich beschränkt sei, aber schwere organische Erkrankungen liegen nicht vor. Man kann es der Frau nicht verargen, daß ihr die Gründe für die Erwerbsfähigkeit nicht einleuchten wollten. Sie schrieb also an das Schiedsgericht folgendes:

Nach dem mir zugegangenen Gutachten des Herrn Dr. Merdies in Oppeln ist von demselben die Erklärung abgegeben worden, daß ich noch fähig wäre, 1/3 (mindestens) des Erwerbes einer Hauspulerin zu verdienen. Abgesehen davon, daß Herr Dr. Merdies sich schwerlich eine Vorstellung davon zu machen in der Lage sein kann, welche körperliche Anstrengung und Kraftanwendung dazu gehört, um noch dieses in Rede stehende 1/3 — wovon es zur Zeit noch hier gegebenen Verhältnissen ganze 12 Reichspennige täglich waren — zu verdienen, hat derselbe an mir doch eine ganze Menge so verlicher Leiden gefunden, die schon von vornherein meine dauernde Erwerbsunfähigkeit bezeugen müßten, obwohl ich die Naturdinge mehr auf meine Körperbeschaffenheit im allgemeinen und auf die speziellen, meine Erwerbsunfähigkeit begründenden Leiden weniger erstrecke; so muß ich mich dagegen verwahren, daß Herr Dr. Merdies von einer übertriebenen Druckempfindlichkeit oder von einer unglücklichen Ueberempfindlichkeit in seinem Gutachten irrt, denn wie — schon jahrelang — sich mit solch fast zur Verzweiflung treibenden schmerzhaften Leiden durch das Leben schleppen muß, dem ist jedenfalls jede Verleumdungsfähigkeit abhanden gekommen, welche ich schon im Interesse meiner Familienangehörigen niemals zu eigen machen könnte. Wenn aber das Gutachten außer den hiermit in Verbindung stehenden oder hieraus hervorhebenden organischen Fehlern noch von dem Vorhandensein der rechtsseitigen Waberniere spricht, so habe ich das fast zweifelhafte Bewußtsein, daß ich recht bald jeglicher Sorge überhoben sein werde, wofür ja auch die schon seit langem vorhandene Blutmangel und mangelhafte Ernährung spricht.

Darumhin deutet der letzte Satz des Gutachtens zur Genüge, demnach mich Herr Dr. Merdies vorläufig noch für fähig erklären mußte, daß in Rede stehend ein Drittel zu verdienen, was — selbst wenn ich dies noch vermöchte, wiewohl ich von der Unmöglichkeit überzeugt bin — schließlich doch geeignet wäre, meine mangelhafte Ernährung an beidseitigen und außerdem noch mich gemäß § 5 Abs. 4 des Invalidengesetzes von der Versicherungspflicht anzuschließen würde, sodaß ich alle meine Ansprüche verloren sehen müßte, da es ausgeschlossen wäre, daß ich bei einer Erwerbsfähigkeit für 12 Pf. täglich weder einen Arbeitgeber fände, noch aus eigenen Mitteln meine Anwartschaft aufrecht zu erhalten vermöchte.

So die gewiß plausiblen Gegenstände der armen Frau. Und das Schiedsgericht? Es wies kurzweg die Berufung der Frau zurück und stützte sich zur Begründung dieser höchst merkwürdigen Entscheidung auf das unseres Erachtens in sich widerspruchsvolle Gutachten der Ärzte Dr. Mewius und Dr. Merdies. Natürlich legte die Frau Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein und zwar mit dem Erfolge, daß das schiedsgerichtliche Urteil aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. In der Begründung heißt es u. a.:

Das Gutachten des Dr. Merdies, dem das Schiedsgericht beifolgt ist, weist darin, daß die Klägerin fähig sei, ein Drittel des Erwerbes einer Hauspulerin zu verdienen, und wenn das Schiedsgericht von der für die Klägerin maßgeblichen Verdienstgrenze spricht, so hat es möglicherweise dabei gleichfalls den dritten Teil des Erwerbes einer Hauspulerin im Auge gehabt. Die Klägerin hat nun als Pulerin nur etwa 120 Mark jährlich verdient, ein Drittel hiervon wären 40 Mark. Will das Schiedsgericht nur feststellen, daß die Klägerin in der Lage ist, 40 Mark jährlich zu verdienen, dann ist seine Feststellung ungenügend, um die Abweisung des Rentenanspruchs

zu rechtfertigen, denn nach der Reichsversicherungsordnung 990 (Ämtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1902 Seite 508) ist der Durchschnittsverdienst eines nur auf seine Körperkraft und die gewöhnlichen Arbeiten angewiesenen Tagearbeiters der niedrigste zulässige Betrag, der der Verdienstgrenze zu Grunde gelegt werden darf und dieser Betrag ist im vorliegenden Falle auf 300 Mark jährlich festzusetzen.

Soll die Feststellung des Schiedsgerichts einen anderen Sinn haben, dann widerspricht sie dem Alleninhalt, denn auf Grund ärztlicher Ansicht, die — darin könne ein Drittel des Verdienstes einer Hauspulerin erreichen, konnte das Schiedsgericht nicht schlüssig feststellen, daß die Klägerin den Durchschnittsverdienst eines höher als eine Hauspulerin gelohnten Tagearbeiters erreichen könne.

Jedenfalls trifft der Vorwurf das Schiedsgericht in Oppeln, daß es unterlassen hat, festzustellen, wieviel die Klägerin noch zu verdienen imstande sein müßte, um nicht erwerbsunfähig zu sein (vergleiche Reichsversicherungsordnung 870, Ämtliche Nachrichten des R.V.A. 1901 Seite 186 ff.). Das Urteil muß deshalb aufgehoben und die Sache zur Nachholung des Verlautes an das Schiedsgericht zurückverwiesen werden.

Das war eine sehr nette Aktion für das Schiedsgericht in Oppeln. Die Herren Dr. Merdies und Mewius mußten nun ihre Gutachten ergänzen, was sie in recht lakonischer Kürze taten. Dr. Merdies betonte, daß die Frau nicht mehr 100 Mark im Jahre verdienen könne und Dr. Mewius begutachtete das gleiche.

Dies neue Material wurde nun zur Grundlage der erneuten Verhandlung vor dem Schiedsgericht in Oppeln genommen, das sich damit am 10. Mai beschäftigte und folgenden Entscheid fällte:

1. Die Beklagte wird beurteilt, der Klägerin vom 21. Oktober 1904 ab die gesetzliche Invaliden-Rente im Jahresbetrage von 124.80 Mark, zahlbar in monatlichen Teilbeträgen von 10.40 Mark, zu gewähren.

2. Der Rentenrechnung sind 469 Beitragsmarken, 1. Lohnklasse und 7 Krankheitswochen zugrunde gelegt worden.

In der Begründung wurde hervorgehoben, daß die beiden Ärzte „einwandfrei“ begutachtet hätten, daß die Frau erwerbsunfähig sei. Man beachte! In dem ersten schiedsgerichtlichen Urteil wird gesagt, der Rentenanspruch müsse abgelehnt werden, weil dieselben Ärzte die Frau noch für ein Drittel erwerbsfähig halten, in dem zweiten schiedsgerichtlichen Urteil sind die betreffenden Gutachten auf einmal „einwandfrei“ und deshalb rechtfertigt sich die Entscheidung zugunsten der Frau, die sich des unsagbaren Glückes schätzen kann, nach fast zweijährigem Kampfe in den Besitz einer Invalidenrente zu kommen, die zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel ist! Wenn das Reichsversicherungsamt nicht ausnahmsweise das Urteil aufgehoben hätte und dadurch die Ärzte heranzitiert wurden, ihre Gutachten zu ergänzen, bezog, so korrigierten, die arme kranke Frau könnte heute noch über den dahinteren Wert unserer „herrlichen“ Arbeiterversicherung „bis ins hohe Alter“ hinein nachdenken, sie müßte noch heute bis an das Ende ihrer Tage sich die Frage vorlegen, wozu sie denn überhaupt Beiträge zur Invalidenversicherung bezahlt hat. Aber der vorliegende trasse Fall bekräftigt noch etwas anderes, was wir oft betont haben. Würden die Schiedsgerichte sich nicht lediglich auf die Gutachten ihrer Vertrauensärzte stützen, sondern etwas mehr aus freier Anschauung und den persönlichen Eindrücken des oder der Rentennachsuchenden urteilen, solche Urteile, wie es das Schiedsgericht in Oppeln gefällt hat, ließen sich leicht vermeiden. Doch mag dem schließlich sein wie ihm wolle. Wir können dankbar dafür sein, daß sich unsere Agitationsmappe wiederum um ein interessantes und lehrreiches Dokument vermehrt hat. Alle journalistischen Kräfte der um die würdige „Schlesische Zeitung“ gruppierten Scharmacher vermögen nicht, an dem entwürdigenden Rentenkampf der besagten Frau das Innenmarchen der Rentenlücke oder Simulation aufzuklären. Diese holde Legende ist diesmal gründlich zerstört worden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. Juni.

Lehrlingsfrage und Jugendorganisation.

Ein auf der Durchreise begriffener Genosse schreibt uns:

Der Schreiber des Artikels „Mangel an Lehrlingen“ in der Sonntagsnummer der „Volksmacht“ zeichnet in zutreffenden, kurzen Worten das Lehrlingselend in und um Breslau und skizziert auch, welche Schäden die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge für das gesamte Gewerbe wie für die erwachsenen Arbeiter bringt: Für das Gewerbe durch sinkende Qualifikation der Leistungen, für die Arbeiter durch Lohnrückerei und schlechte Arbeitsverhältnisse. Die Lehrlingsfrage hat also auch für den erwachsenen Arbeiter das größte Interesse. Bei mangelhafter Ausbildung des Lehrlings, bei Fortbestehen des jetzigen Ausbeutungssystems, kann das Arbeitsverhältnis in den einzelnen Gewerben nie gesund werden.

Die Anregung des erwähnten Artikels, Arbeiterkommissionen zur Beschäftigung mit der Lehrlingsfrage zu bilden, ist zweifellos von Wert, doch ist dies nur ein kleiner Teil dessen, was auf diesem Gebiet zu tun wäre. Es wäre zwar gut, wenn möglichst viele Arbeiter über die Lehrlingsverhältnisse aufgeklärt würden, aber der gewerkschaftliche und politische Kampf läßt wenig Zeit und Gelegenheit, sich mit diesen Fragen intensiv zu beschäftigen, um für das, was man als notwendig auf diesem Gebiet erkannt hat, einzutreten. Außerdem müßte es einen jahrelangen Kampf kosten, hier einige Renteur zu schaffen, denn die schlechten Verhältnisse beruhen nicht nur darauf, daß das Gesetz den Lehrling der Ausbeutung überliefert, sondern ebenso sehr darauf, daß die gesetzlichen Bestimmungen, insoweit sie dem Lehrling einen geringen Schutz bieten, vor den Augen der Behörde übertrieben werden. Und diese Renteur nun, um Einsetzung der bestehenden und Schaffung besserer Verhältnisse zu erreichen, die am nächsten davon betroffen sind — den Lehrlingen selbst.

Wenther, 19. Juni. Eine putzige Mädel scheint der Müller Peter Wollwinn aus Siemianowitz zu sein, der wegen Verführungsbuchs in der Straßammanierung zu 35 Mark Geldstrafe verurtheilt wurde. Er hatte einen Polizisten erlucht, gegen Zahlung von 5 Mark seine eigene Frau aufzulegen zu verhaften. Das naive Menschenkind hat das Schreien eines grenzenlosen Vertrauens in die Allmacht der Polizei immerhin doch etwas billiger erlitten, als manch Dilettantender ihren Schwarm.